

Er scheint täglich außer Montags. Abonnementspreis für Berlin: Vierteljährlich 2,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit Illustr. Sonntagsbeilage „Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einget. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1892 unter Nr. 6622.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeitstelle oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Gern sprach-Anschlag: Amt I, Nr. 4156.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 16. Februar 1892.

Expedition: Benth-Strasse 3.

### Wolkenkuckucksheimer.

Die Innungsbrüder, die am Montag hier in Berlin zusammengetreten, sind nicht zu befehlen: sie wollen an der Forderung der Zwangsinnung festhalten, trotzdem sie doch nunmehr gesehen haben, daß Alles, was nur eine Faser modernen Wesens an sich trägt, sich scheut, einen so unheimlichen Schritt in die Vergangenheit zurück zu thun. Heulen und Wehklagen ist unter den biederen Jopsträgern, denn sie sind sich nunmehr bewußt, daß sie bei all ihrem Eigensinn auf keinen Erfolg rechnen können. Dennoch wollen sie es noch einmal versuchen, die entschwindende Innungsherrschaft in eine helle Beleuchtung zu rücken, und wollen eine Organisation auf Grund der Zwangsinnung vorschlagen. Besonders die „Regelung des Lehrlingswesens“ soll in dieser neuen Organisation den Zwangsinnungen übertragen werden. Es ist wahrhaftig zum Lachen, wie die alten Innungsälteste der Geselzgebung zumuthen, solchergestalt den Boden zum Gärtner zu sehen. Denn Niemand trägt doch mehr Schuld an der Misere des Lehrlingswesens, Niemand hat es mehr zu einem Unwesen gemacht, als gerade die alten Innungsmeister. Nicht nur haben sie in der Ausbeutung des Lehrlings es mindestens so weit gebracht, wie das Großkapital; sie haben auch den Lehrling zum „Mädchenfür Alles“ gemacht, haben ihn ihre Kinder warten und der Meisterin in der Küche helfen lassen, und wenn er schließlich aus der Lehre kam, so hatte er so wenig gelernt, wie der Meister selber. Von der Behandlung, die den Lehrlingen dabei widerfuhr, wollen wir gar nicht reden; an warmen Ueberschlägen“, wie einmal der Pfarrer Westermayer sich ausdrückte, hat es ihnen sicherlich bei keinem jener „gemüthlichen“ Innungsmeister gefehlt, die mit der Schürze behängt und etwas Werkzeug in der Hand den halben Tag im Wirthshause sitzen und zu Hause Gesellen und Lehrlinge bei elenden Löhnen und schmaler Kost für sich arbeiten lassen. Wenn diese Leute für sich geschliche Vollmachten beanspruchen, das Lehrlingswesen zu „regeln“, so heißt das so viel, daß man ihnen von Staatswegen den Auftrag und die Befugniß geben soll, den alten Schlenker und Unfug aufrecht zu erhalten. Glücklicherweise werden diese Väster nicht in den Himmel wachsen, und wenn gewisse „Spitzköpfe“ noch so sehr schreien, die „Rettung des Handwerks“ hänge davon ab.

Das Handwerk kann nicht „gerettet“ werden und wenn die „Handwerker-Kammer“, welche die Regierung vorschlagen will, auf eine „Rettung“ oder auch nur „Kräftigung“ des Handwerks hinauslaufen, so sind sie genau so überflüssig wie die Zwangsinnungen. Es ist deshalb nur korrekt, wenn die Innungsmeister von diesen Kammern Nichts wissen wollen. Wenn die Handwerker zusammen treten und ihre Interessen berathen, die Vortheile der Vertreten sich zuwenden wollen, so können sie das ja thun, ohne daß der bürokratische Staat ihnen die Form vorschreibt, innerhalb deren sie sich bewegen sollen. Papierene Beschlüsse haben auf dem

Schlachtfelde der Konkurrenz keinen Werth. Wer auf diesem Schlachtfelde kämpfen will, der muß bewaffnet sein, und die einzige Waffe, die dort zu brauchen ist, heißt Kapital. Will die Regierung vielleicht die zu schaffenden Handwerkerkammern mit Kapitalien ausstatten? Das glauben wir nicht, denn die Zuschüsse würden unabsehbar und endlos sein müssen; der Staat selber würde in den Konkurrenzkampf mit dem Großkapital hineingezogen werden. Das widerspricht schon der Natur des modernen Klassenstaats. Die Handwerkerkammern sollen vielleicht ein linderndes Pflaster auf die Wunden sein, die den Innungsmeistern von dem Großkapital einer, von der ablehnenden Regierung andererseits geschlagen worden sind. Aber die Wunden werden dennoch schmerzen, zumal täglich neue geschlagen werden.

Der Großkapitalismus ist im Begriff, die Welt zu erobern. Wie eine ungeheure Walze rollt er über die Länder hinweg. Und diesem Ungethüm stellt man das Spielzeug der Handwerkerkammern in den Weg, damit es vor demselben stille stehen oder gar umkehren solle.

Wer das wohl glaubt!

Eine zweite Resolution der Freisinnigen will die Privilegien der Einjährig-Freiwilligen mehr gesichert wissen. Dafür sprach Richter. Beide Resolutionen fanden Annahme; für die erstere, welche das Schießen betrifft, stimmten auch unsere Genossen.

Nach diesen kleinen Plänkelleien begann bei Kapitel 18, Justizverwaltung des Heeres, die allgemein mit Spannung erwartete Diskussion über die Soldatenmißhandlungen. Die Resolution Duhl-Richter, welche verlangt, daß das Beschwerderecht der Militärpersonen einer Revision unterzogen werde und daß die mißhandelten Soldaten zur Erhebung der Beschwerde verpflichtet werden, und die weiter bei der in Aussicht genommenen Reform der Militär-Gerichtsverfassung und der Militär-Strafprozessordnung die Grundsätze der Ständigkeit und Selbständigkeit der Gerichte, sowie der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Hauptverfahrens, wie sie sich im Königreich Bayern bewährt haben, eingeführt werden will, sprach im Namen der Antragsteller Dr. Casselmann. Dieser Herr ist an Stelle des verstorbenen Feustel in Bayreuth von den Nationalliberalen mit Hilfe einer strammen antisemitischen Agitation gegen den Freisinn gewählt worden.

Die Rede Casselmann's war als Jungferrede gut, nur etwas zu breit angelegt. Besonders erging sich der Redner in viel zu ausführlichen Darlegungen des Militär-Gerichtswesens, dafür aber freiste er die Soldatenmißhandlungen nur so nebenher. Nach Casselmann konstatierte der sächsische Militärbevollmächtigte die Echtheit des von uns gebrachten Erlasses, der nur durch einen „unerhörten Vertrauensbruch“ an die Oeffentlichkeit gelangt sei.

Nach v. Schlieben erhob sich der Reichskanzler, um in einer langen Rede auf die Ausführungen Casselmann's zu replizieren. Der Herr Graf v. Caprivi befand sich offenbar in schlechter Laune und daß die Nationalliberalen in dieser Angelegenheit mit den Freisinnigen Hand in Hand gehen, ist ihm ersichtlich sehr unbequem. Ueberhaupt scheint das Gespenst von der „großen liberalen Partei“ dem Herrn Reichskanzler mehr Sorge zu machen, als vielleicht seiner Gesundheit zuträglich ist. Die Nothwendigkeit und Möglichkeit einer Aenderung der Militär-Strafprozessordnung, wie sie in der Resolution Duhl-Richter verlangt wird, lehnte der Herr Graf rundweg ab. In Bezug auf die Soldatenmißhandlungen meinte er, daß dieselben immer vorgekommen sind und auch in Zukunft vorkommen werden, doch lasse sich in den letzten Jahren eine Abnahme der zur Kenntniß der Militärbehörden gekommenen Fälle von Mißhandlungen konstatieren. Natürlich beklagt auch der Reichskanzler die Soldatenmißhandlungen und zwar besonders um deswillen, weil durch dieselben die Aufrechterhaltung von Zucht und Ordnung im Heere erschwert und der Sozialdemokratie damit gedient werde. Das „rothe Gespenst“ scheint überhaupt auch einer der kleinen Quälgeister für den Herrn Reichskanzler zu sein.

Nach dem Kanzler erhielt Bebel das Wort. Derselbe

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Februar.

Im Reichstag war heute, in Erwartung der Debatten über die Soldatenmißhandlungen, der Zubrang zu den Tribünen ein ungemein starker. Hunderte von Schau- und Hörlustigen mußten umkehren, weil die vorhandenen Plätze schon zu Beginn der Verhandlungen besetzt waren. Besonders war die Zahl der neugierigen Offiziere eine sehr große und auf allen Tribünen konnte man Uniformen glitzern sehen. Am Bundesraths-Tisch befand sich ein ganzer Generalstab von höheren Offizieren, darunter der Reichskanzler, welcher, wie er im Verlaufe seiner Rede mittheilte, erschienen war, um den kranken Kriegsminister eventuell zu vertreten.

Die Verhandlungen begannen mit einem kleinen Reduell zwischen Richter, Dr. Meyer und Singer einer- und dem General von Gohler und dem sächsischen Agrarier Dr. v. Frege andererseits. Es drehte sich um eine Resolution betreffend die bekannten Schießereien von Militärposten in bewohnten Straßen und um die vielbesagten rigorosen Absperremaßnahmen gelegentlich fremder Fürstenbesuche in Berlin. Was die Schießereien betrifft, so denkt natürlich die Militärleitung nicht daran, den allgemein getheilten Wünschen des Bürgertums nachzugeben. Die Posten haben, so erklärte der Herr General v. Gohler, schneidig wie immer, nur entsprechend den Vorschriften ihrer Instruktionen gehandelt und wenn etwas zu ändern wäre, so höchstens die Bestrafung jener Frevler, welche die Posten zum Schießen gereizt haben. Es wird also eventuell fortgeschossen.

die Rednerliste so zu stellen: Barth, Dr. Lange, dann meine Benigkeit, dann Frank, dann Dr. Lutz. Bevor jedoch dieser Frank zum Worte gelangt, stellen Sie, Herr Licht, einen Antrag auf Schluß der Debatte, und zwar aus naheliegenden Gründen, denn es ist bereits halb zehn, und ich werde sehr lange sprechen.“

„Ich möchte dann auch noch einmal ums Wort gebeten haben“, rief Dr. Benjamin und warf den erschrockenen Komiteemitgliedern einen höhnischen Blick zu.

Dr. Rasmann aber blieb kühl und bemerkte gleichgiltig: „Sie werden der Sechste in der Reihe sein. Meine Herren“, rief er sodann, mit der Glocke läutend: „Herr Buchdruckereibesitzer Barth hat zunächst das Wort.“

„Ich habe zuvor etwas zu bemerken“, rief der Genannte von seinem Platze aus.

„Wollen Sie nicht hier heraufkommen, Herr Barth?“

„Ich bitte um Entschuldigung, ich habe vorher ein Wort in Bezug auf die Geschäftsordnung zu bemerken. Es hat sich nämlich vor mir Herr Frank zum Wort gemeldet.“

„Das ist ein Verthum von Ihrer Seite, Herr Barth, denn Herr Frank ist erst als Vierter in die Liste vom Schriftführer eingetragen.“

„Ich kann mich unmöglich irren“, entgegnete indessen Barth unerschütterlich, „denn ich bin mit Herrn Frank zu gleicher Zeit in die Versammlung gekommen und habe selbst meine schriftliche Anmeldung zum Wort hinaufbesördert.“

„Nun, dann muß allerdings ein Verthum von Seiten unseres Schriftführers vorliegen, und es hätte dann zunächst Herr Dr. Lange das Wort.“

„Entschuldigen Sie, Herr Präsident“, rief der Schrift-

### Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

(39)

### Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 3 Bänden von A. Otto Walster.

Die Waage des Kampfes stand ziemlich gleich, und erwartungsvoll blickten die Sachverständigen nach der Rednertribüne, um nach der Erscheinung des nächsten Redners zu bemessen, welcher Partei der nächste Vortheil erwachsen würde.

Am Tische des Präsidiums aber herrschte zur Zeit eine große Betrübenheit, und dies zwar in Folge der Anmeldung von drei neuen Rednern auf schriftlichem Wege.

„Meine Herren“, flüsterte Rasmann den Komitee-Mitgliedern zu, „die Sache scheint eine höchst bedenkliche zu werden: es haben sich hier kurz nacheinander drei Herren angemeldet. Der Erste nennt sich Frank, und wir können nicht im Entferntesten errathen, wer dieser Frank sein dürfte. Folglich ist er ein Agent des Dr. Benjamin, ein Trumpf, den unser Gegner gegen uns auszuspielen will. Der Zweite nennt sich Barth; das ist jedenfalls der Buchdruckereibesitzer, den dürfen wir allenfalls zu den Unseren zählen; und der Dritte ist Dr. Lange, der, meines Erachtens unparteiisch und ungefährlich ist. Da jener Herr Frank nun nicht wissen kann, ob sich nicht die Anderen vor ihm zum Wort gemeldet haben, so glaube ich, thun wir am Besten, ihn einzuweisen aus der Reihe zu lassen und

Konstatirte zunächst den Umschlag der öffentlichen Meinung in Bezug auf die öffentliche Behandlung der Frage der Soldatenmishandlungen. Dieser Umschlag zeigte sich besonders auch in der Resolution, welche das Zentrum im Bunde mit den Konservativen eingebracht habe und welche noch vor einem Jahre keine konservative Unterschrift gefunden hätte. Im weiteren Verlaufe der meisterhaften Rede unseres Genossen zeigte sich freilich, daß die Herren von der Rechten nach wie vor noch es mit dem Grundsatze halten: so lange der Dieb leugnet, wird er nicht gehangen. — Als nämlich Bebel eine Anzahl Fälle von Soldatenmishandlungen vorbrachte, welche nicht im Erlaß des Prinzen Georg aufgeführt sind, da schrien die Herren nach Namen und machten Lärm, genau so, wie sie es bisher immer gemacht haben, wenn das Kapitel der Soldatenmishandlungen angeschnitten wurde. Es ist alt gefärbte Praxis der Rechten, die Soldatenmishandlungen überhaupt zu läugnen; das geht nun gegenüber dem Erlaß des Prinzen Georg nicht mehr; aber auf alle darüber hinaus liegenden Fälle scheint es, als wolle man die alte Vogelstrauß-Politik weiter betreiben. Bebel leuchtete den Herren gründlich heim und als er ihnen vorwarf, daß es nur die von den Junkern seit Jahrhunderten gegen die Bauern — die „minderwerthige“ Menschenrasse — geübten Rohheiten seien, welche in der Kaserne theilweise sich wiederholen, da wurde es auch auf den Vätern der Rechten wieder still. Recht herzerquickend war die Kopf-Wäsche, welche Bebel an den Herren vom Zentrum vollzog. Der Ausdruck, daß die Resolution des Zentrums so verrottet sei, daß kein anständiger Mensch für dieselbe stimmen könne, brachte dem Redner einen Ordnungsruf ein.

Bebel hatte bis 20 Minuten nach 6 Uhr gesprochen. Nach ihm nahm Caprivi noch einmal das Wort, um den Mannes-muth der Vertrauensmänner Bebel's anzuzweifeln. Dieselben sollten sich bei ihren militärischen Vorgesetzten beschweren. Im Uebrigen meinte der Herr Reichskanzler, daß es ihm allerdings lieber wäre, die jungen Rekruten könnten garnicht lesen, als wenn sie diese Kunst dazu benützten, um sozialdemokratische Zeitungen zu studiren. Die sozialdemokratische Fraktion war so unhöflich, diesen Schmerzschrei mit einer Lachsalve zu beantworten.

Morgen wird die Verhandlung fortgesetzt und verspricht der Tag noch recht lebendig zu werden.

**Novelle zum Reichstagswahlgesetz.** Die von der Reichstagskommission beschlossene Novelle zum Wahlgesetz hat folgenden Wortlaut:

§ 11a. Die Wahl ist eine geheime. Sie geschieht durch Abgabe eines Stimmzettels in einem amtlich abgestempelten, mit seinem Kennzeichen versehenen Umschlage. Die Umschlage sollen aus undurchsichtigem Papier gefertigt, von gleicher Größe, Form und Farbe sein. Die näheren Bestimmungen über die Beschaffenheit der Umschlage sind gleichmäßig für alle Wahlkreise vom Bundesrath festzustellen.

§ 11b. Der Tisch, an welchem der Wahlvorstand Platz nimmt, ist so anzustellen, daß er von allen Seiten zugänglich ist. Auf diesen Tisch wird ein verdecktes Gefäß (Wahlurne) zum Hineinlegen der Stimmzettel gestellt. Ferner ist auf diesem Tische die erforderliche Anzahl der amtlich abgestempelten Umschlage bereit zu halten. An einem Nebentische sind derartige Vorrichtungen anzubringen, daß der Wähler, ohne daß er von irgend einer anderen Person gesehen werden kann, hier seinen Stimmzettel in den Umschlag zu legen vermag.

Wie die Dinge heute liegen, wird jede volksthümliche Reform des Wahlrechts an dem Widerstande der Herrschenden scheitern. Ja, wenn es gälte, das allgemeine Wahlrecht zu beseitigen!

**Die Volksschulgesetz-Kommission** ist jetzt an den § 14 gekommen. Der Hauptsatz desselben: „Bei der Einrichtung der Volksschulen sind die konfessionellen Verhältnisse möglichst zu berücksichtigen“, wird von keiner Seite bemängelt.

**Zum Auswanderungswesen.** Der Bundesrath wird sich, wie offiziöse Blätter melden, mit einem Gesuchentwurf, welcher das Auswanderungswesen betrifft, demnächst beschäftigen. Auch der Reichstag soll sich in dieser Session damit befassen. Den Deutschlandmüden das Leben daselbst erträglich zu machen, wäre eine Aufgabe, welche dringender ist, als polizeilich-bureaukratische Maßnahmen. Wenn nun einmal etwas geschehen soll, so trage man dafür Sorge, daß

Banner von Freiheit und Fortschritt“ marschiren. So lange wir und auch Sie, welche auf eine längere Periode vaterländischer Geschichte zurückblicken, uns erinnern können, haben sich diese Punkte und die darüber gesprochenen Reden, theils um die Machtstellung des Landes nach Außen, theils um die Herrschaft der Parteien und Massen im Innern gedreht, aber um die schreiendsten Uebelstände haben sie sich immer herumgedrückt, wie die Kasse um den heißen Brei, ebenso wie sie die Klagen der arbeitenden Bevölkerung über die immer mehr überhand nehmende, keine Rücksichten mehr anerkennende Ausbeutung und Rechtsverkümmern ignoriren. Sie schwärmen für nationale Machtstellung, sind stolz auf die Entwicklung „unserer“ Flotte und nennen das Patriotismus. Sie fühlen keinen Hunger, leiden keine Noth, sind auch in der Lage, ihre Interessen und Rechte wahrzunehmen und schätzen zu können. Aber die große Masse des Volkes leidet Mangel an Brot, an Freiheit und Recht. Wie kann es uns interessieren, ob wir stark genug sind, um bei europäischen Kongressen die erste und zweite Stimme zu führen, da wir keinen Einfluß darauf haben, wie diese Stimme abgegeben wird? so lange man uns für Zwecke gebrauchen kann, welche uns ganz ausnehmend gleichgiltig sind? Welcher Unterschied besteht für mich, ob ich einem Reiche von 100 000 Einwohnern, oder einem von 60 Millionen angehöre, da ich in dem einen wie in dem anderen von jedem Polizeier hinarbeitet werden kann? Mögen die Herren bei ihrem Glase Wein eine Politik treiben, welche sie wollen, es ist dies unschuldiges Spiel, und der Großmachtstiel mag ihnen in Ermangelung eines anderen Nihil's wohlthun. Wenn aber diese Herren vor das versammelte Volk treten, mögen sie uns mit etwas kommen, was uns am Herzen liegt. Wir wollen Freiheit, ein menschenwürdiges Dasein innerhalb des Staates, Gleichberechtigung für alle Staatsbürger, weil alle, ohne Ausnahme, zur Erhaltung des Staates beitragen. Wer uns solche Reformen bietet, der ist unser Mann. Vor allen Dingen sind wir Menschen, ehe wir Nation sind; und das Land, in welchem er ein menschenwürdiges Dasein führen kann, muß für jeden wahren Menschen das Beste sein.“

die große Masse der Auswanderer vor der schändlichen Ausbeutung der Rhetorik-Kompagnien geschützt werde, welche den Zwischendee-Passagier wie einen Waarenballen verpackt, in gesundheits-schädlichen Räumen einpackt und ihn schlecht befristet.

**Der Beunruhigungs-Bazillus.** Bei Herrn von Büttcher fand am 13. Februar ein Diner statt, dem auch der Kaiser beimohnte. Dieser soll sich mit einigen Herren sehr lebhaft über die Sozialdemokratie unterhalten, und Herrn Stumm, der auch von der Gesellschaft war, seine Zustimmung zu dessen Freitagrede ausgedrückt haben. Möglich, daß dies wahr ist, — gewiß — daß es Leute, und darunter auch Korrespondenten sozialdemokratischer Blätter giebt, welche sich, um der liberalen Entrüstungskomödie gegen das neue Schulgesetz einen ernstlichen Hintergrund zu geben, eifrigst bemühen, furchtbare Schreckbilder an die Wand zu malen.

**Die Denunzianten an der Arbeit.** Das Organ der sächsischen Ultra-Reaktionäre, das berühmte „Vaterland“, hat die Frechheit, zu sagen, der Umstand, daß geheime oder vertrauliche Aktenstücke, wie der Erlaß des Prinzen Georg, in die Hände von Sozialdemokraten gelangen, sei ungemein bedenklich, angeht die Beziehungen, die jene Leute (die Sozialdemokraten) mit dem Auslande unterhalten. Wenn von Beziehungen zum Auslande die Rede ist, dann sollten unsere Herren Reaktionäre, namentlich die „Edelsten“ doch den Mund halten, und ganz besonders die sächsischen. Wir könnten sonst das erste beste Geschichtsbuch aufschlagen und einige patriotische Episoden herausheben. Daß wir Sozialdemokraten Manches wissen, was unseren Gegnern unbehaglich ist, das ist zum Glück wahr — wir wissen sogar sehr viel, wovon sie keine Ahnung haben. Und hätten wir dem „Ausland“ deutsche Staatsgeheimnisse anvertrauen wollen, so hätte die Welt, z. B. zur Zeit der Prozesse gegen die französischen Spione, gar sonderbare Ueberraschungen erlebt. Wir Sozialdemokraten besorgen aber Niemandes Geschäfte als unsere eigenen. Speziell den Landesverrath überlassen wir den Klassen und Parteien, die ihn von jeher betrieben haben.

**Weshalb müssen wir Kolonialpolitik treiben?** Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ verräth es uns. Weil es die „öffentliche Meinung beleidigen“ hieße, wenn man dem Kolonialwerk ein Halt oder eine Umkehr zumuthen wollte. Es ist erstaunlich, welche zarte Rücksicht Herr Pindler und seine Hintermänner auf die „öffentliche Meinung“ nehmen, wenn die Interessen einer Handvoll Rhetoriker, Pulverfabrikanten, Schnapsbrenner und der jüngeren Söhne unserer stellenrichtigen Aristokratie in Frage stehen. Sonst beliebt man, die Wünsche und Forderungen der Massen durch Unterdrückungsmaßnahmen zu beantworten oder einfach todzuschweigen. Aber diese „öffentliche Meinung“ ist ja nur eine spöttische Vermummung der Gelüste einer kleinen, aber mächtigen Kolonialklasse. Daher dieser gefühlvolle Appell an den Geldbeutel der Nation!

**Eine werthvolle Entdeckung.** Der Berliner Korrespondent der „Magdeburger Zeitung“ weiß, weshalb wir den Erlaß des sächsischen Landes-Konfistoriums veröffentlichen haben, nämlich „um zu zeigen, daß das Epithelium der Sozialdemokratie sich auch in den leitenden kirchlichen Kreisen des Königreichs Sachsen eingemischt hat.“ Die leitenden kirchlichen Kreise des Königreichs Sachsen mögen mit der „Magdeburger Zeitung“ sich über diese Auffassung der Sachlage auseinandersetzen. Ergötzlich ist es jedoch, wenn der kundige Drebaner der „Magdeburger Zeitung“ mit unschuldvollem Augenblicke lispelt: „So wenig wie die Verfassung des sächsischen Ministeriums des Innern wegen unparteiischer Handhabung des Vereinsrechts bietet dieses An-schreiben des Evangelisch-Lutherischen Landeskonfistoriums für die bürgerliche Gesellschaft etwas Gravirendes und der „Partei-monteur“ veröffentlicht es wohl nur, um sich mit seinen Beziehungen zu brüsten.“ Es ist in der That nicht gravirend, wenn eine Regierung die ihr unterstehenden Behörden auffordern muß, gegen alle Bevormundungsstellen und Parteien gleiches Recht walten zu lassen, und es belastet das Konto der bürgerlichen Gesellschaft nicht um einen Heller, daß Korporalstock und Zalar zum Drille guter

Ein ungeheurer Weiskalksturm unterbrach hier den Redner.

So viel über die staatsweisen Anschauungen des Herrn Dr. Kuh, der seine schätzbare Kraft lieber nationalökonomischen Studien über Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen widmen sollte, wenn er sich wirklich den Dank des Volkes erwerben will. Ich hörte vor Kurzem eine sehr ansprechende Rede von ihm über Freizügigkeit. Was diese anbelangt, so mag sie für manchen Kaufmann besonderen Vortheil haben; die große Masse der Staatsangehörigen, die Arbeiter namentlich, wissen von diesem Nutzen nicht viel zu erzählen. Wo immer sie hinziehen mögen, finden sie ähnliche traurige Verhältnisse, denn überall, wo die Bourgeoisie herrscht, treffen sie auf dasselbe System der Ausbeutung und Unterdrückung ihres Menschenrechtes, auf Noth und Entbehrung. Die Weissen aber können nicht fort von der Scholle, weil sie keine Mittel zum Fortziehen haben und durch die Freizügigkeit auch nicht bekommen. Die Freizügigkeit bedeutet für sie so viel, als die Erlaubniß zum Fliegen. Es ist recht schön, wenn ich fliegen darf, wohin ich will, aber woher nehme ich die Flügel, die Flügel!

Diese Worte, welche mit einer entsprechenden Bewegung der Schultern begleitet wurden, erregten allgemeine Heiterkeit; Raffmans rieb sich hinter den Ohren und Russelich's Augen wurden immer größer.

Ich frage Sie ferner, meine Herren, wie sollte sich die große Masse der Bevölkerung für die Entwicklung einer mächtigen Kriegsflotte begeistern können? Noch mehr Steuern aufbringen, noch mehr Leute hingeben, damit unsere Großkaufleute und Fabrikanten unter sicherem Schutze mit Asien und Afrika Handel treiben können? Damit uns von dort Produkte zugeführt werden, die der Arbeiter ebenso wenig bezahlen kann, als er die seidenen Kleider für seine Frauen, Töchter oder Schwägerinnen kaufen kann, die er selbst spinn, webt und fertigt? Mögen die Herren Großkaufleute und Fabrikanten sich Flotten halten, wenn sie welche brauchen, wir haben noch keine nötig gehabt.

(Fortsetzung folgt.)

Ritterschaft sich verbinden. Aber dümmert dieser selben Gesellschaft nicht etwa eine Spur von Schuldgefühl auf, steht sie schon vor dem Richterstuhle, da sie so ängstlich bemüht ist, sich vor gravirenden Momenten zu wahren? —

**Baare wird kühn.** Der „National-Zeitung“ wird aus Bochum gemeldet, daß der Steuerdefraudant und Schienenklücker Baare beim Justizminister den Antrag gestellt hat, die Voruntersuchung gegen ihn schleunigst zu eröffnen, damit er sich rechtfertigen könne. Unter freundlicher Assistentz des Herrn Abgeordneten Schneider mag Baare die Mohnwäusche riskiren. Was ihm wohl plötzlich so den Nacken gestreift hat, dem ehrenwerthen Mitgliede des Staatsraths und geheimen Kommerzienrath? —

**Gehüpft wie gesprungen.** Nicht Ritualmorde soll man sagen, da Stöder's zartes Gewissen sich gegen den Ausbruch sträubt, sondern „jüdische Blutmorde“ — schlägt die „Germania“ der „Kreuz-Zeitung“ vor. Die „Kreuz-Zeitung“ erklärt sich mit der christlichen Verbesserung „einer Hand wäscht die andere“ in den Armen liegen sich Beide“. Wir schlagen nach diesem Beispiel nun vor, statt Pfaffen-Meinid und Meineids-Pfaffe künftig zu sagen christlicher Falschheid und Falschheids-Christi. Es klingt — christlicher und sagt dasselbe. —

**Ein Räffel.** Unser geheimer Kollege von den „Hamburger Nachrichten“ wird von dem amtlichen Organ der sächsischen Regierung, der „Leipziger Zeitung“, wegen seiner Opposition gegen das Schulgesetz der Bundesgenossenschaft mit den Sozialdemokraten und Juden-demagogon geziehen. Das ist ebenso ergötzlich, als daß der Mann des zweiten und blamabelsten Kanossa-Ganges jetzt der Regierung Liebäugelei mit dem Zentrum vorwirft. Ein Glück, daß nicht bloß die Welt, sondern auch die Tagesgeschichte noch Humor hat. —

**Auch ein Jubiläum.** Ein „Jubelfest“ will die nationalliberale Partei zur Feier ihres fünfundsiebenzig-jährigen Bestehens in Scene setzen. Auch eine Festschrift, welche die Geschichte der Partei darstellen soll, wird verbreitet. Die Geschichte des Nationalliberalismus ist die Geschichte des politischen und geistigen Bankrotts der deutschen Bourgeoisie, welche ihre politischen Rechte für profitliche Zugeständnisse schändlich veräußert und sich zum Proben-dienste für die Bismarck und Genossen prostituiert hat, mochte es sich um den Kulturkampf, die Schutzölle, die Knebelung der Arbeiterklasse handeln. Ohne Rückgrat, Kauschul vom Wirbel bis zur Zehe, täuscht diese Partei der Charakterlosigkeit durch das Satyrdrama des neuesten Volksschulgesetz-Kampfs aber auch Niemanden mehr, sie, welche immerdar „geru erdötig“ war, „den Rock zu wechseln und die Haut, wenn nötig“. —

**Der Landrath mit dem Kringelbentel.** In dem ostpreussischen Grenzkreise Johannsburg herrscht ein erschreckender Nothstand. Die Zustände sind so trüb, daß der dortige Landrath Müller in einem Aufrufe um „milde Gaben“ für die Kreisangehörigen bittet. Es heißt darin unter Andern:

„Schon die Ernte des Jahres 1880 war in einem großen Theile des an sich so armen Masurens ungünstig ausgefallen, und im Kreise Johannsburg derart, daß nachher für 1019 kleine Bisher Saatgetreide von der Verwaltung angekauft werden mußte. Die letzte Ernte hat ein noch schlechteres Ergebnis gehabt: insonderheit sind insofern anhaltenden Regens die Kartoffeln zumest gänzlich mißrathen. Als Durchschnittsernte wurde die 2/3fache Saat festgestellt. Das Unglück ist um so schwerer, als der größte Theil der Bevölkerung nur von Kartoffeln lebt. Der Zentner, für welchen sonst 70 Pf. bis 1 M. bezahlt wurden, kostet gegenwärtig 3 M., der Zentner Roggen 11,20 M. gegen 6,40 M. früher, und Erbsen 8,90 M. gegen 6,10 M. Bei der Unmöglichkeit, solche Preise zu bezahlen, herrscht schon jetzt in manchen Orten Noth, und sie wird bald einen erheblichen Umfang annehmen. Arbeitsverdienst ist zumal in der jetzigen Jahreszeit nicht überall gegeben: die kleineren Besitzer haben selbst nichts und schicken ihre Leute weg oder bezahlen sie mit 30 und 40 Pf. ohne Essen auf den Tag, und der Kreisverwaltung fehlen bei der unglücklichen geringen Steuerkraft — von 40 000 Einwohnern zahlen außer den Beamten nur 1000 Klassen- und Einkommensteuer — die Mittel, um alle Bedürftigen beschäftigen und ausreichend lohnen zu können.“

Millionen und abermals Millionen werden für militärische Zwecke verausgabt, die lex Huono liefert solche erhebliche Beträge, daß viele Kreise nicht wissen, was sie mit dem Gelde anfangen sollen und prächtige Paläste bauen, die mit glänzenden Bankeiten eröffnet werden; der preussische Landtag wird darum angegangen, zehn Millionen für einen Kirchenbau zu bewilligen. Für die hungernden Masuren aber geht der Bettelack im Lande herum. Und selbstverständlich stehen die Schutzölle ...

**Gute Ritterschaft.** Im Erlaß des sächsischen evangelisch-lutherischen Landes-Konfistoriums ist die Mahnung interessant, es zu vermeiden, in einseitiger und extremer Weise die sittlichen Gefahren zu schildern, welche mit dem Eintritt in den Militärdienst entstehen; dieselben seien mehr oder weniger mit jedem anderen Berufe verknüpft. Man kann doch nicht die Moral, welche für den Strumpfwirker- und Webergesellen gut genug sein mag, dem Soldaten einprägen; es würde dadurch die Straumbheit zu sehr leiden. Bei ihm soll der Hauptdruck auf die gute Ritterschaft gelegt werden, die ihn zum Vertheidiger von König und Vaterland, von Gottes Ordnungen, von Christus und seiner Kirche befähigt. —

**Froschmäuselkrieg.** Im gothaischen Landtage giebt es heuer auch ein Konfliktchen zwischen den Landboten und der Regierung. Es handelt sich um etliche vierzigtausend Mark, welche der Herzog für die ihm referirten Gebäude, Gärten etc. beansprucht. Die Steuerzahler sollen für das Privatguthum des Gönners der Tempelgast und Lorenz Gelber aufbringen. Der Herzog ist sehr begütet, er hat große Besitzungen auch im Auslande — und der Nothstand der breiten Volksschichten im gothaer Ländchen ist ein erschreckender. Wer die hausindustriellen Bezirke des Herzogthums mit ihrem unsäglichen Elende kennt, der wird über die Ansprüche des Memoirenschreibers im Herzogsmantel sich sehr verwundern. Was nicht hindern wird, daß bei diesem Konflikt am Ende der Herzog triumphiren wird. Wir kennen unsere bürgerlichen Pappenheimer. —

**Zu christlich.** Der bedächtige Volkschul-Gesetz-entwurf hat einen großen Fehler: er ist zu christlich, schreibt das sächsische Regierungsblatt, die „Leipziger Zeitung“. Als Beispiel führt sie den § 112 des Entwurfs

an, monach, wenn der Beauftragte der kirchlichen Oberbehörde Widerspruch gegen die Ertheilung des Befähigungsnachweises erhebt, das Lehramtszeugnis mit Ausschluß der Befähigung für den Religionsunterricht zu ertheilen sei. Warum, meint sie, muß das ausdrücklich im Gesetz gesagt sein? In den übrigen deutschen Staaten heiße es im Gesetz gewöhnlich, daß die kirchliche Oberbehörde berechtigt sei, sich bei den Lehrprüfungen durch einen Beauftragten vertreten zu lassen. Welche Befugnisse er habe, davon stehe im Gesetz selbst kein Wort. Und doch werde Niemand glauben, daß der kirchliche Kommissar hier lediglich Statist sei. Der Fall, daß gegen seinen Widerspruch ein Lehrer das Recht zur Ertheilung von Religionsunterricht erhält, sei vermuthlich auch hier ausgeschlossen, wenn auch im Gesetz selbst davon nicht ein Wort steht. Hätte es Graf Jedlich auch in seinem Entwurf so gehalten, dann hätte kein Hahn darnach gekräht. — Wir wissen jetzt, was die „Leipziger Zeitung“ für zu große Ehrliebe hält; in den sächsischen Gesehen und in der sächsischen Praxis mag sie freilich weniger Gelegenheit haben, sich über dieselbe zu beklagen. —

**Augstprodukt.** Die Furcht, daß die Sozialdemokratie in den Kreisen der Handlungsgesellen festen Fuß fassen, hat bei dem rheinischen Kapitalistenblatt, der „Kölnischen Zeitung“, das Wunder bewirkt, daß sie die soziale Gesetzgebung auch für diese Kreise für notwendig erachtet. Bisher war dieses stets von jener Seite geleugnet worden. Jetzt begründet sie die Ausdehnung der Versicherungsgesetze auf die Handlungsgesellen und befürwortet die sozialdemokratischen Vorschläge betreffs der Sonntagruhe und der Kündigungsfristen; die letzteren sollen nicht durch sogenannte freie Vereinbarungen einseitig aufgehoben werden können. Durch geeignete gesetzliche Maßnahmen könne der fortschreitenden Proletarisierung des Gehilfenstandes noch einigermaßen Einhalt gethan werden, meint die „Kölnische“, eine Meinung, die ihr gewiß den vollen Born Eugen Richter's zuziehen wird. —

**Die Militärämter in Sorbus.** Die Militärtarifung des Zivil-Beamtenstandes schreitet immer weiter vor. Dem preussischen Herrenhause ist ein Gesetzentwurf, betreffend die Befehung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen in der Verwaltung der Kommunalverbände mit Militärämtern, zugegangen. Danach sind die betreffenden Stellen vorzugsweise mit Militärämtern zu besetzen, ausgenommen im Forstdienst. Ausschließlich ihnen vorbehalten sind die Stellen im Konzeptionsdienst, einschließlich der Lohnschreiber, und die Dienststellen mit wesentlich mechanischen Obliegenheiten. Mindestens zur Hälfte sind mit Militärämtern die Bureaustellen zu besetzen, sofern hierzu nicht eine wissenschaftliche oder technische Vorbildung erforderlich ist oder es sich um Stellen von Rentanten handelt, die eigene Rechnung zu legen haben. —

**Zur Rohheitsstatistik.** Aus Falkenstein in Sachen wird der „Burger Zeitung“ geschrieben:

Eine ungläubige Rohheit liegen sich am Sonntag im benachbarten Dorfe Bergen mehrere Ordnungsparteiler zu Schulden kommen. Sieben Falkensteiner Herren, darunter Redakteur Künzel, legten in den Gasthäusern des Ortes Blätter aus. Im Schiller'schen Gasthause wurden die friedlich ihr Glas Bier Trinkenden von den anwesenden zahlreichen Kartelparteilern, nachdem letztere einen Wortstreit provoziert hatten, gepackt, gefesselt und hinausgeworfen. Unter Getöse der Ordnungsmänner und den Ruf: „Schlagt die Sozialdemokraten tot!“ verfolgte man die Fortgehenden auch noch auf den freien Platz vor dem Schiller'schen Gasthause. Ungefähr 40-50 schöne Ordnungsmänner erschienen auf dem Plage und inszenierten eine Schlägerei mit den harmlos ihren Weg ziehenden, die aller Beschreibung spottet. Mit dem Rufe: „Der hier muß erschlagen werden“, überfielen 5-6 Personen den Redakteur Künzel, bearbeiteten ihn mit Häuten, entrißen ihm Stod, Ueberzieher und Hut und brachten ihm schließlich eine laufende und stark blutende Stichwunde am Kopfe bei. Die Freunde Künzel's hatten sich ebenfalls einer ganz gewaltigen Durchblutung zu erfreuen, worauf sich die Ordnungsm. resp. Messerhelden wieder verzogen. Und hierzu schreiben das „Auerbacher“ und das „Treuenb. Amtsblatt“ folgendes:

„Man setze infolge dessen die Falkensteiner einfach an die frische Luft und gab ihnen einen Denksattel mit auf den Weg, der ihnen die Wiederkehr nach Bergen nicht sogleich wünschenswerth erscheinen lassen wird.“ Jedes Wort über dieses Vernehmen der Ordnungsparteiler und der Ordnungsmänner wäre überflüssig. Wir sind begierig, wie das Gericht diesen rohen Ueberfall beurtheilen wird. Wir auch! —

**Ein Volkrieg in Sicht.** Die Verhandlungen, welche den Abschluß eines italienisch-schweizerischen Handelsvertrages bezweckten, sind gescheitert, die sehr hohen Generaltarife beider Staaten treten also in Kraft. Im italienischen Senat erklärte am 13. Febr. der Ministerpräsident di Rudini, das Fehlschlagen der Verhandlungen habe überrascht, da die gemachten Zugeständnisse ein günstiges Ergebnis hätten erwarten lassen. Er hoffe, daß der wirtschaftliche Friede mit der Schweiz bald werde wieder hergestellt werden. Vorläufig wird diese sanguinische Hoffnung ein schöner Traum bleiben. Die Eidgenossenschaft, für welche Italien der drittgrößte Handelsstaat ist, befindet sich in einer nicht unbedenklichen Lage, vor allem bedroht ist die Landwirtschaft (Rase, Vieh, Forstwirtschaft und Holzgewerbe), dann die Metallindustrie der Schweiz, umso mehr, da Italien voransichtlich Kampfstoffe zur Anwendung bringen wird. Die hauptsächlich von Italien nach der Schweiz eingeführten Waaren sind so niedrig taxirt, daß von einer Abwehr nicht die Rede sein kann. Die Politik der italienischen Regierung, das heimische Industriekapital künstlich aufzublühen, offenbart sich ebenso deutlich in diesem diplomatischen Zwischenpiel, wie in den Massacres der italienischen Proletarier und in ihren Spitzelprozessen. —

**Er schießt sich nicht.** Der österreichische Handelsminister Marquis Bacquehem und die in der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft organisierte Kapitalistenvereinigung haben wohlfeile Vorbeeren geerntet. Das Schreckensbild der österreichischen Antifemiten, Dr. Lueger, welcher übrigens auf eine statliche Reihe politischer Haltungen zurückblicken kann, hatte die Mißstände, welche bei jener vom Staate unterstützten und von ihm kontrollierten Gesellschaft herrschten, im Parlament einer scharfen Kritik unterzogen. Mogeleyen und Bestechungen, irdische Griffe in den öffentlichen Säckel, Bereicherung einzelner Plasmacher, Krach des Unternehmens, das nur mit Staatshilfe über Wasser gehalten wird, ein ganzer Herensabbath wurde enthüllt. Der Handelsminister, nicht verlegen um schlagende Gründe, forderte Lueger zum Zweikampf, worauf dieser eine Ehrenklärung

abgab. Darauf forderte der Zentralinspektor der Gesellschaft, ein gewisser Etienne, Herrn Lueger, welcher nun erklären ließ, daß er sich nicht schlagen werde. So kläglich auch die Persönlichkeit des Lueger ist, so scharf ist dieser freche Angriff auf die parlamentarische Redefreiheit zu verurtheilen. Wenn ein Minister, um von dem Etienne, dem treuen Fridolin der Gesellschaft, ganz zu schweigen, auf einen Angriff in der Volksvertretung durch den Kartellträger antwortet, so beweist dies nur die Schwäche seiner Sache und die Rücksichtslosigkeit seiner Weltanschauung. Die Säbel- und Pistolennormal des ebenen Marquis ist aber nicht roher als das System, das er vertritt; der Kapitalismus, das ist die Brutalität. —

**Ein Riesenaufruch in England vor der Thür.** England ist das klassische Land des Klassenkampfes. Hier, wo der Kapitalismus sich zuerst entwickelte und die Klassengegensätze schon zu einer Zeit scharf zuspitzte, wo in Deutschland und anderen Ländern die Existenz von Klassen noch geleugnet ward — hier mußte auch der Klassenkampf zuerst bestimmte Umrisse und einen größeren Umfang erlangen. Vor einem Jahrhundert begannen in England jene Massenstreiks und Massenausperrungen, wie sie im festländischen Europa erst seit wenigen Jahrzehnten vorkommen. Die kämpfenden Theile auf beiden Seiten verbesserten, erweiterten fortwährend ihre Organisationen, und dem entsprechend nahmen die Klassenkämpfe an Erbitterung und Ausdehnung zu. Kleinere Streiks oder Aussperrungen sind selten geworden — und wenn der Streik durch längere Waffenstillstände unterbrochen wird, so liegt der Grund einzig darin, daß die zwei feindlichen Klassen ihre Kampforganisationen dergestalt vervollkommen und ihnen eine solche Ausdehnung gegeben, daß sie den Ausgang und die Folgen eines Konflikts nicht übersehen können und sich nicht leicht zum Neuherrn entschließen. Seit dem großen Dokerstreik des Jahres 1889 waren die Gegenstände verschiedentliche Male so zugepöpst, daß ein Riesenstreik unmittelbar bevorzustehen schien und jedesmal wurde das Neuherrn noch abgewendet. Noch in der vorigen Woche drohte der Ausbruch eines Massenstreiks — die Kohlenräuber-Union in London beschloß, nach längerem Geplänkel mit der Kohlenhändler-Organisation, welche Maßregelungen von Unions-Mitgliedern begünstigte, Anfang der vorigen Woche den Generalstreik, der auch Mittwoch begann; London war in Kohlen-Röthen! Eine förmliche Panik brach aus und die öffentliche Meinung sprach sich so nachdrücklich für Beendigung des Streiks aus, daß die kämpfenden Theile in Verhandlungen eintraten, die auch als erfolgreich geschildert werden. Mit dem heutigen Tage sollte die Arbeit wieder anfangen. Inzwischen bereitete sich ein Streik oder Lockout (Aussperrung) von bisher unerhörten Dimensionen in England vor — ein Konflikt zwischen den Grubenbesitzern und den Grubenarbeiter-Organisationen. Die Grubenarbeiter haben in einer Delegirtenkonferenz den Beschluß gefaßt, sich die angekündigten Lohnreduktionen nicht gefallen zu lassen, und wenn die Grubenbesitzer bei ihrer Forderung beharren, im nächsten Monat die Arbeit einzustellen. Dieser Streik würde die meisten Grubenbezirke Englands und Schottlands umfassen, eine halbe Million Arbeiter mit ihren Familien brotlos machen und ganz England in Mitleidenschaft ziehen. —

**Gleiche Brüder, gleiche Kappen.** Die Internationalität der kapitalistischen Reaktion zeigt sich jetzt wieder in greifbarer Gegenständlichkeit. Genau zur selben Zeit, wo König Stumm im deutschen Reichstage das rothe Gespenst an die Wand malte und Maßregeln zum Schutz der bedrohten Gesellschaft forderte, erhob die französische Bourgeoisie, die Vorkommnisse in Spanien zum Vorwand nehmend, den Ruf: Maßregeln zur Rettung der Gesellschaft vor Anarchisten und Sozialisten! Verbot der Maisier! etc. Die bürgerliche Gesellschaft verweigert eben überall an sich selbst — sie hat den Glauben an ihre Existenzberechtigung verloren und klammert sich in wilder Angst an den Strohhalm der Gewalt. In Frankreich ist die jegige Hah gegen die Sozialisten um so niederträchtiger, als sie auch dort den Bruch mit den Anarchisten, an welche man sie durchaus anknoppeln will, aufs Entschiedenste vollzogen haben und in ihnen nur bewußte oder unbewußte Agenten des Kapitalismus erblicken. —

**Justizmorde in Spanien.** Mehr als ein Verbrechen, ein Fehler, um Talleyrand's berühmtes Wort anzuwenden, war die Hinrichtung der vier sogenannten „Anarchisten“ von Xeres. Wenn wir auf dieses Ereigniß zurückkommen, so geschieht es, weil die Bedeutung desselben eine viel größere ist, als sich nach den ersten, höchst unvollständigen und meistens entstellten oder positiv unwahren Nachrichten übersehen ließ. Zunächst war es eine Lüge, daß die Opfer vor ihrer Erdrosselung durch die „Garotte“ wichtige Geständnisse gemacht hätten. Sie erklärten, daß sie durch die Noth zu ihrem Handeln getrieben worden seien und nur der Noth des unglücklichen Landvolks hätten abhelfen wollen. Eins der Opfer leugnete ausdrücklich, „Anarchist“ zu sein. Die Sympathie für die halbverhungerten Unglücklichen war eine allgemeine. Nicht bloß die Arbeiter und Kleinbürger forderten Begnadigung, auch die Bischöfe von Andalusien wandten sich an die Königin-Mutter mit der Bitte um Umwandlung des Todesurtheils. Die „Oesterreicherin“, der als Regentin das Begnadigungsrecht zusteht, antwortete, sie müsse die Minister befragen, und die Minister erklärten, das Staats-Interesse erheische, daß dem Gesetze sein Lauf zu lassen sei. Und der Befehl erging, das Todesurtheil zu vollstrecken. Als dies bekannt ward, schlossen die Krämer von Xeres ihre Läden und schwarze Fahnen wurden aus den Fenstern gehängt. Die Stadt war in Trauer und so allgemein war die Sympathie mit den Opfern der „Staatsraison“, daß auch die Soldaten nur widerwillig ihren Dienst verrichteten.

Die Aufregung wächst in ganz Spanien, die „Oesterreicherin“ ist der Gegenstand Ingrimmiger Daffes geworden und das schwache Band, welches die Monarchie mit dem spanischen Volk verknüpfte, ist zerrissen. Mit der Bestätigung des Todesurtheils der „Anarchisten“ hat, wenn nicht alle Anzeichen trügen, die Monarchie in Spanien sich selbst das Todesurtheil gesprochen. Die Vollstreckung wird folgen. —

Nach den neuesten Nachrichten „durchstreifen Banden von Aufständischen“ die Umgegend von Xerez und Cadix. Der Wind säet, erntet Sturm. —

**Hellenisches.** Schulden über Schulden, wachsende Noth der arbeitenden Bevölkerung, Steuerdruck und unlösliche steigende Ansprüche des Militäretats, eine schwächliche Betternwirtschaft der herrschenden Parteien, das ist die Lage der Dinge in Griechenland. Eine Bauernschaft, Winzer, Tabakpflanzer, Hirten, von den städtischen Bürgern und den adeligen Grundherren bis auf's Mart ausgezogen, die gewerblichen Arbeiter, vor allem die in den Erzgruben beschäftigten, in grauenvoller Lage, das Räuberwesen eine nothwendige soziale Einrichtung als die letzte Zuflucht der deklassirten Landarbeiter, und daneben die Großmachtgelüste einer Regierung, welche den Staatsbankrott vor Augen, die Geschäfte Rußlands besorgt. Am 1. Januar 1891 betrug die öffentliche Schuld insgesamt 726 687 147 Franks bei einer Bevölkerung von 2,2 Millionen Köpfen, so daß auf den Kopf 330 Franks entfallen. Und eine neue 5prozentige 70 Millionen-Anleihe ist bereits wieder geplant. Defizit folgt auf Defizit, die Schuldentilgung und Verzinsung erfordert jährlich 40 Millionen, die Gesamteinnahme beläuft sich auf 100 Millionen. In der Deputirtenkammer erklärte dieser Tage der Ministerpräsident Delgannis, es seien „Opfer“ zu bringen. Natürlich auf Kosten des Volkes: Tabakmonopol, Wiederherstellung des Rehtens, Erhöhung der Weinsteuern und der Zölle. Diese Maßregeln bedeuten den endgiltigen Ruin, die offenkundige Hörigkeit des Landvolkes, die nackte Auspöwerung der Massen! —

**Ganz wie bei uns.** Die Skuptschina, das serbische Parlament, bewilligte ein um 2 1/2 Millionen Dinare erhöhtes Budget. Ursache: Höhere Bezahlung des Militäretats, Steigen der Getreidepreise, Vermehrung der Verwaltungskosten u. s. w. Damit der halbasiatische Satrapenstaat auch in anderer Hinsicht hinter seinen westeuropäischen Mustern nicht zurückbleibe, weisen sie Zeitungsschreiber aus, die „lässig“ geworden sind. Der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“, Paul Weich, ist aus Belgrad ausgewiesen worden, weil er durch seine Telegramme nach Berlin und Frankfurt den Kurssturz der serbischen Papiere verschuldet habe. Weich hatte über einen neuen Pump für militärische Zwecke in Paris Mittheilungen gemacht, über welche die Berliner Finanzkreise so erbittert sind, daß sie eine niedliche, aber für die edlen Serben schmerzliche Kurstreiber veranstaltet haben: man verzichtet nicht gern auf die Söhne der Emissionsprofite. Es ist nun das zweite Mal, daß Berichterstatte der bürgerdemokratischen Organe wegen ihrer finanzpolitischen Meldungen exilirt wurden. Erst der Fall Grunewald in Rom, jetzt der Fall Weich in Belgrad. —

## Soziale Uebersicht.

### Zum Gewerkschaftskongress.

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß Formulare zu Mandaten für die Delegirten zum Gewerkschaftskongress auch für die lokal organisirten Arbeiter von uns bezogen werden können.

Ferner theilen wir mit, daß die Anträge für den Kongress im Separatdruck fertig gestellt sind und stellen wir es den gewählten Delegirten, welche dieselben vor dem Kongress zu haben wünschen, frei, solche von uns zu beziehen.

Auf Wunsch der Halberstädter Genossen machen wir dann noch bekannt, daß diese am Sonntag, den 15. März, Abends, zu Ehren der Delegirten einen Kommerz im „Odeum“ zu Halberstadt veranstalten werden.

Einige spezielle Anfragen bezüglich der Logis sind an H. Dahlen, Bärrensabrikant in Halberstadt, zu richten. Die Anmeldeung der Delegirten bitten wir so schnell als möglich bei der untenstehenden Adresse besorgen zu wollen.

Wir haben noch eine kleine Parthe der Broschüre „Die Organisationsfrage“ liegen und in dieselbe noch zu dem bekannten Preise von 10 Pf. pro Exemplar abzugeben.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands,  
C. Legien,  
Hamburg, St. Georg, An der Koppel 79 I.

**Die Drechsler,** namentlich diejenigen in Berlin, werden um Fernhaltung des Zugangs nach der Webfabrik von Rubow u. Walter in Stettin-Grabow (Inhaber Schwarz und Holtegel) ersucht, woselbst vier Kollegen die Arbeit niedergelegt haben. Niedrige Löhne und unpassende Behandlung werden uns als Ursache angegeben. Zureisende Drechsler wollen das Umschauen unterlassen und den Berlin's Arbeitsnachweis benutzen, welcher sich in Stettin-Grabow, Lindenstraße Nr. 42, befindet.

**Budapest.** Der Steinmeh-Streit auf dem Antonyschen Wertplaz hat nach dreitägiger Dauer mit dem Siege der Arbeiter geendet. Herr Antony verpflichtet sich, die Akkordarbeit derart zu regeln, daß ein Mindest-Wochenverdienst von 15 fl. gesichert sei, worauf die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

**Der Ausbruch der Londoner Kohlenräuber** ist beendet. Die Kohlenhändler hoben den Ausschluß der Gewerkschaftsmitglieder aufgehoben.

**Wie der Staat betrogen wird.** Die Strafkammer zu Saarbrücken verurtheilte einen früheren Steiger, weil derselbe den Fiskus durch falsche Führung der Arbeitslisten betrogen, zu fünf Monaten Gefängnis. Bis jetzt sollen infolge ähnlicher Anschuldigungen 3 wöl Steiger entlassen und 45 Steiger in Untersuchung sein.

**Die englischen Glasmacher,** welche in einem harten Kampfe mit den Unternehmern stehen, warnen die deutschen Kollegen, Engagements für englische Glasmacher anzunehmen. Ein gewisser Edward Schneider, Glasmacher, soll bereits mit 14 Kollegen aus Charlottenburg sich zu Streikbrecher-Diensten haben anwerben lassen. Das ist sehr bedauerlich und durchaus zu verurtheilen. Sache jedes Glasmachers muß es sein, durch Belehrung zu verhindern, daß Deutsche den im Kampfe stehenden Engländern in den Rücken fallen.

**Die königlich englische Labour-Kommission** (Arbeitskommission), welche vor Jahresfrist eingesetzt war, um die Arbeitsverhältnisse zu untersuchen und der unter Anderem Sir Dick Beach und Lord Derby angehören, hält es im Gegenzug zu deutschen Enquete-Kommissionen für ihre erste Pflicht, gerade und hauptsächlich Arbeiter und zwar in erster Linie solche zur Vernehmung und Berathung heranzuziehen, die sich in der Gewerkschafts- beziehentlich der Arbeiterbewegung hervorgethan haben, also eine Gewähr bieten, daß sie über das Arbeiterinteresse am besten unterrichtet sind. So wurde vor Kurzem der Sekretär der Matrosen- und Feuerwerker-Gewerkschaft vernommen. Derselbe forderte denn auch ein Material zu Tage, welches die Zustände auf den Schiffen in ein recht trauriges Licht stellt. Die erwähnte Kommission ernannte ferner vier in der englischen Gewerkschaftsbewegung sehr bekannte Frauen zu Mitgliedern der Kommission. —

**Theater.**  
 Dienstag, den 18. Februar.  
**Opernhaus.** Der Freischütz.  
**Schauspielhaus.** Das heilige Lachen.  
**Deutsches Theater.** Kollege Crampton.  
**Leffing-Theater.** Die Großstadtluft.  
**Berliner Theater.** Schlimme Saat.  
**Residenz-Theater.** Musotte. Vortr.: Rodebazar Violet.  
**Wallner-Theater.** Der Bärenführer. Ein berühmter Mitbürger.  
**Friedrich-Wilhelmstadt Theater.** Das Sonntagskind.  
**Thomas-Theater.** Reis-Reislingen.  
**Pellegrinier-Theater.** Der Nothhelfer.  
**Ostend-Theater.** Cavalleria rusticana. (Sizilianische Bauern-Oper.)  
**Adolph Ernst-Theater.** Der Langtischel.  
**Alexanderplatz-Theater.** Berliner Pfaffen.  
**Fernpalast.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Gebäude Richter's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Theater der Reichshallen.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Winter-Garten.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Kaufmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Konkordia-Palast-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**American-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Gratweil'sche Bierhallen.**  
 Kommandantenstr. 77-79.  
 Heute sowie täglich:  
**Auftreten der Hamburger Gaudebrüder**  
 Konzert- und Kouplefänger.  
 Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntag 6 Uhr. Entree: Wochentags 10 Pf., Sonntag 25 Pf.  
 Empfehle meinen berühmten Mittagstisch à la Duval. 8 Regelbahnen 6 Billards, 2 Säfte. 1169L

**Stabliement Buggenhagen**  
 am Moritzplatz.  
 Täglich:  
**Unterhaltungs-Musik.**  
 Direktion J. Ködman.  
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.  
 Großer Frühstück- und Mittagstisch.  
 Spezial-Auswahl von Pagenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.  
 641 F. Müller.

**Castan's Panopticum**  
 Friedrichstr. 165a, Ecke Behrenstr.  
 Interessanteste Völkerschaft  
 Inner-Afrikas:

**Schuli**  
 b. Emin Pascha-Reich.  
 30 Personen, Männer, Frauen, Kinder.  
 Vorstellungen: 11, 12 u. 1 Uhr Vormittags, — 4, 5, 6, 7, 8 und 9 Uhr Nachmittags.  
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.  
 Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.

**Passage-Panopticum.**  
 Lebensgroße Wachsfiguren und Gruppen, Dioramen, Sündfluth - Panorama mit Gewitter.  
 Im Theater-Saal (ohne Extra-Entree): Täglich v. 6 Uhr ab Vorstellung von Spezial. I. Rang.  
 Entree 50 Pf.

**La belle Irene,**  
 die tätowirte Amerikanerin in Präscher's anatomischem Museum  
 nur noch kurze Zeit Kommandantenstr.  
 Täglich für erwachsene Herren.  
 Dienstag und Freitag für **Damen.**

Den Genossen halte ich meine **Masken-Garderobe** bei Bedarf best. empfohlen Grösste Auswahl. Bill. Pr. Vereinen Preisermässig.  
**Fr. Panknin,**  
 Oranienstr. 178,  
 Adalberstr. 91, Ecke Oranienstr.

**Schlachtfest.**  
 Heute, Dienstag Abend, von 6 Uhr an, **frische Wurst.** Hierzu ladet freundlichst ein  
**Schütze,** Gastwirth, Urbanstr. 124.  
 Empfehle Freunden und Genossen mein reichhaltig sortirtes Lager in **Zigarren, Zigaretten u. Tabaken**  
 Bitte, bei Bedarf mich gütigst zu unterstützen. 1625L  
**Fritz Berndt,** hauserstr. 81

**Circus Renz.**  
 Karlsruherstr.  
 Dienstag, den 16. Februar 1892,  
 Abends 7 1/2 Uhr:  
**„Auf Helgoland“**  
 oder: Ebbs und Fluth.  
 Große hydrologische Anstaltungs-Pantomime in 2 Abtheilungen mit National-Tänzen (60 Damen), Aufzügen, Neue Einlage: **Die Garde-Musikanten und Männen.** Dampf-schiff- und Bootfabriken, Wasserfällen, Riesenfontänen mit allerlei Lichteffekten u. f. w., arrangirt und inszenirt vom Direktor E. Renz.  
 Außerdem: 4 hohe Schulen, geritten von den Damen Fris. Clotilde Hager, Oceana Renz, Vidal und Helga Hager. Elmar (Strickspringer), vorgeführt von Fräulein Oceana Renz. Oyd, geritten von dem Schulkreiter Herrn Gaborol. Walküren-Manöver, geritten von 16 Damen. 4 Gebr. Briators, Akrobaten.  
 Auf Verlangen: Auftreten einer Wiener Damenkapelle. Sisters Lawrence am fl. Trapez. Mlle. Natalie, Parforce-reiterin. Mr. Adolf Delbosq, Salto-mortale-Reiter auf unges. Pferde. Mlle. Theresina, Reitschülerin I. Ranges etc. Romische Entrees und Intermezzeos von sämtl. Klowns etc.  
 Morgen, Mittwoch, zum 150. Male: **Auf Helgoland.**  
 E. Renz, Direktor.

**Circus G. Schumann.**  
 Friedrich-Karl-Platz, Ecke Karlsruherstr.  
 Heute Abend 7 1/2 Uhr: **Große Show- und Sensitiv-Vorstellung** für den beliebten Original-Klown **Little Fred.**  
 Der Benefiziant will ganz Berlin amüsiren! Wer kommt muß lachen! Neue höchst komische Entrees des Benefizianten, besonders hervorzuheben: Zum 1. Male: Die Rodebade. Der Magnetiseur. Die Komödianten. Der Wunderhund „Gra“ in seinen Salto-mortalen, arab. Sprünge etc., dress. u. vorgeführt vom Benefizianten. **Auftreten des berühmten, anerkannt besten Schulkreiters der Gegenwart Mr. James Fillis** mit seinem Schulpferde **Germinal.**  
 Zum Schluss der Vorstellung: **Eine Nacht in Venedig.** Große höchst komische Original-Wasserpantomime in 2 Abtheilungen, neu einstudirt mit neuen sensationellen Wasser-Effekten.  
 Morgen: Große Vorstellung mit neuem Programm. Auftreten des berühmten Schulkreiters Mr. J. Fillis. Eine Nacht in Venedig.

**Kinderwagen.** Größtes Lager Berlins  
 Andreasstr. 235, p.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt  
 Berlin SW., Beuthstr. 2.  
 Wir empfehlen den Parteigenossen als zeitgemäße Agitations-schrift:  
**Die Soldatenmißhandlungen**  
 vor dem Deutschen Reichstag.  
 Rede Bebel's in der Sitzung vom 13. März 1891.  
 (Stenographischer Bericht.)  
 26 Seiten. — Preis 15 Pfennige.  
 Bei Abnahme einer größeren Anzahl Exemplare und für Biederwerkläufer Rabatt. — Bei Bestellungen von Auswärts bitten wir um vorherige Einsendung des Betrages (Porto extra).

**Musikinstrumente.**  
 Lager in Fithern, Violinen, Gitarren, Harmonikas. Alle Glasinstrumente, Trommeln, Flöten und Klarinetten, Spielsdosen zum drehen und selbst-spielend, Albums und Bierseidel mit Musik. Musikwerke-Verleih, alle mit Arbeiterliedern. Zehnjahrlang gestattet. 1998L  
**Aug. Kessler,** 51 Lausitzerstr. 51, am Platz.

**Brenn- und Politurspirit**  
 offerirt zu sehr billigen Preisen und liefert frei Haus und Bahn die Brennspiritus-Fabrik **Hermann Meyer & Co.,**  
 1948L] Berlin N., Hiedomstraße, Berliner Lagerhof, Gebäude 20.

**Plakate** für die Anschlagssäulen  
 unter denselben Bedingungen wie bei Hauck & Hartmann, sowie sämtliche Buchdruckerarbeiten liefert die  
**Buchdruckerei von Maurer & Dimmick,**  
 1942L] Elisabeth-Ufer 55.

Vielfach an mich herangetretenen Wünschen entsprechend, habe ich mich entschlossen, einen  
**Lehrgang für doppelte Buchführung,**  
 sowie englische, französische u. italienische Unterrichtskurse einzurichten und bitte Genossen und Genossinnen, welche daran theilzunehmen wünschen, ihre genauen Adressen baldigst bei Frh. Zubeil, Naumannstr. 86; Wilh. Grubel, Dresdenerstr. 118; H. Gumpel, Barnimstr. 42, abzugeben.  
**H. Lippmann.**  
 Vereinszimmer, 15 u. 50 Per.] Fithernunterricht wünsche ich für mich zu vergeb. **Flisk,** Simeonstr. 23. Sohn, 8 Jahre. Sorauerstr. 2, v. I. L.

Am 14. d. M. früh 1/4 Uhr starb nach kurzem aber schwerem Leiden der Tischler 1444b  
**Franz Kerneke.**  
 Dies zeigen hiermit allen Freunden und Bekannten tiefbetrubt an  
 Die trauernden Hinterbliebenen.  
 Die Beerdigung findet am Mittwoch Nachm. 4 Uhr von der Leichenhalle des Neuen Jakobikirchh. (Brieg) aus statt.  
 Allen Freunden, Verwandten und Bekannten, allen seinen Fachgenossen sage für die vielen Beweise der Freundschaft, die dem lieben Verstorbenen erwiesen sind, besonders aber dem Herrn Prediger Schulz für die trostreichen Worte in der Kapelle und am Grabe meinen herzlichsten Dank.  
 2001L **Frau Minna Niese** und Mutter.

**Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker.**  
 Heute, Dienstag, Nachm. 2 Uhr, bei **Seefeldt,** Grenadierstraße 33:  
**General-Versammlung.**  
 Tagesordnung:  
 1. Bericht des 1. Vorsitzenden von seiner Agitationsreise nach Hamburg.  
 2. Bericht des Kassirers und der Revisoren.  
 3. Vereinsangelegenheiten.  
 4. Verschiedenes.  
 367/15  
 Der Vorstand.

**Brauer-Verein d. Pr. Brandenburg.**  
 Dienstag, 16. Februar, Abends 8 Uhr:  
**Monats-Versammlung**  
 bei **Founerstein,** Alte Jakobstraße 75 (Gartenaal).  
 Tages-Ordnung: 1. Arbeits-nachweis-Verhältnisse. 2. Stellung-nahme zum Gewerkschafts-Kongress. 3. Bericht d. Kassier-Reviseurs. 4. Innere Vereinsangelegenheiten. 5. Diskussion.  
 1447b **Der Vorstand.**

**Achtung!** Die Sammelliste 345 der **Agitation!** ausfindenden Buchdrucker, auf welcher 9,10 M. gezeichnet sind, ist verloren gegangen. Ersuche daher, dieselbe anzuhalten und zurückzusenden an **P. Fenzel,** 1450b Berlin S., Gitschinerstr. 51.

**Jede Uhr** unter Garantie kostet bei mir zu repariren **1,50 Mk.** (außer Bruch). Kleine Reparaturen entsprechend billiger.  
**Uhren, Gold- u. Silberwaaren**  
**C. Wunsch,** Naunstr. 38, n. d. Oranienplatz

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**  
**Grosse Versammlung**  
 am Dienstag, den 16. Februar, Abends 8 Uhr, in **Reinhardt's** Neuem Gesellschaftshaus, Hasenhaide 57.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag „Ueber Gewerbegerichte“. Referent Stadtverordneter **Sabor.** 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Fragen. 5. Verschiedenes. — Gäste haben Zutritt.  
 Um recht zahlreichen Besuch ersucht  
 450/1 **Der Vorstand.**

**Achtung!** **Sozialdemokratischer Wahlverein f. den IV. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
**Außerordentl. Generalversammlung**  
 am Dienstag, 16. Februar, Abds. 8 Uhr, in **Joel's Salon,** Andreasstr. 21  
 Tagesordnung:  
 1. Vortrag: **Die Entstehung und Entwicklung des Eigenthums.** Referent Genosse **Th. Glode.** 2. Diskussion. 3. Endgiltige Beschlussfassung betreffs Theilung des Vereins. 4. Wichtige Vereinsmittheilungen. 5. Verschiedenes.  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
 367/11 **Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den VI. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
**Bersammlung**  
 am Dienstag, den 16. Februar, Abends 8 Uhr, in **Schneider's Salon,** Seiforierstraße Nr. 15.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Materialistische Geschichtsauffassung. Referent: Genosse **Wach.** 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten, Verschiedenes und Fragelasten.  
 Gäste haben Zutritt.  
 423/11 **Der Vorstand.**

**Gedächtnissfeier für Karl Marx.**  
 Veranstaltet vom **Veiseklub Karl Marx**  
 am Sonntag, den 13. März, in den **Gesamträumen des „Foen-Palastes“ (Burgstr.)**  
 Bestehend aus **Instrumental- und Vokalkonzert** (ausgeführt von Mitgliedern der Freien Vereinigung der Berufsmusiker unter Leitung des Herrn **Graaf** und dem **Gesangverein Kreuzberger Harmonie** (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes) unter Leitung ihres Dirigenten Herrn **Dillenberger.**  
**Gedächtnißrede**  
 gehalten vom Reichstags-Abgeordneten **W. Liebknecht.**  
**Prolog und lebende Bilder.**  
**Billets** à 25 Pf. sind in den mit Plakaten belegten Restaurants und Handlungen zu haben. Anfang 5 Uhr. Nach dem Konzert **Tanz.**  
 403/16 **Das Komitee,**  
 NB. Die Probe zu den lebenden Bildern findet am Dienstag, den 16., Abends 8 1/2 Uhr, in der Arbeiter-Bildungsschule, Hagelbergerstr. 43, statt. Genossen, welche noch mitwirken wollen, mögen sich pünktlich einfinden.

**Achtung! Bildhauer!**  
**Große öffentliche Versammlung**  
 am Freitag, den 19. Februar, Abends 8 Uhr, im großen Saale von **Joel,** Andreasstraße 21.  
 147/6 Tages-Ordnung:  
 1. Zweck und Mittel der Gewerkschaftsbewegung. Referent Reichstags-Abgeordneter **Mollenbuhr.** 2. Bericht der Kommission über das Statut des Gewerbegerichts. 3. Wie stellen wir uns zu dem Kontroll-marten-System. **Die Kommission der Bildhauer.**

**Berein der Sattler u. Fachgenossen.**  
**Versammlung**  
 am Mittwoch, den 17. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im **Klabhaus,** Annenstr. 16.  
 Tagesordnung: 1. Vortrag über Repräsentativ-Regierungen. Referent **Kollege Rilmann.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Gäste willkommen.  
 Hierzu ladet ein **Der Vorstand.**

**Grosse General-Versammlung des Allgemeinen Arbeiterinnen-Vereins**  
 Berlins und Umgegend  
 am Dienstag, den 16. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, bei **Säger, Grüner Weg 29.**  
 Tagesordnung: 1. Kasienbericht vom Vierteljahr. 2. Vorlesung aus dem Vereinsgesetz. 3. Diskussion. 4. Vereinsangelegenheiten.  
 Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Neue Mitglieder werden vor der Versammlung aufgenommen. Um zahlreichen Besuch bittet  
 176/6 **Der Vorstand.**

**Fachverein der Tischler (Nixdorf).**  
**Gr. Versammlung**  
 am Mittwoch, den 17. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, in der **Vereinsbrauerei**  
 Tagesordnung: 1. Unsere Organisation. 2. Diskussion. 3. Der Streit bei Laborenz. 4. Verschiedenes.  
 Um rege Theilnehmung bittet  
 324/19 **Der Fraustragte.**

**Freireligiöse Gemeinde.**  
**Wiener Masken-Ball**  
 am 20. Februar, Abends 8 Uhr, im „**Elysium**“, Landsberger Allee 39-41.  
**Billets** à 50 Pfg. sind zu haben: Bei den Komitee-Mitgliedern **Pütter,** Gerichtstr. 28; **Paago,** Rüdersdorferstr. 48; **Einart,** Grüner Weg 58; **Oertel,** Nixdorferstr. 8 (an der Treßdorferstr.), und in den Geschäften von **E. Vogt-herr,** Eisenwaaren-Handlung, Stephanstr. 16 (Roabit); **W. Rabenow's** Buch-handlung, Brunnenstraße 105; **W. Börner,** Zigarrenhandlung, Ritterstr. 108; **R. Amelung,** Wapmannstraße 12.  
 /Das Vergnügungs-Komitee.

**Karl Scholz,** Werkstat für Bildereinarbeitung.  
 Glaserei. Lager fertig eingerahmter Bilder von Stahl- u. Kupferstichen zu soliden Preisen.  
**Wrangelstr. 32.** Kassalle, Marx u. f. w. in allen Größen.

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

172. Sitzung vom 15. Februar. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes Graf v. Caprivi und zahlreiche Kommissarien.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Verathung des Reichs-Haushaltsetats für 1892-93, und zwar des Militär-Stats.

Beim ersten Titel der Ausgaben: Gehalt des Kriegsministers wird folgender Antrag Richter und Genossen berathen: „Einjährig-Freiwillige, welchen über das vollendete 23. Lebensjahr hinaus von den Erfahrungsstellen in Gemäßheit des § 14 des Reichs-Militärgesetzes Ausschub für den Diensttritt bewilligt worden ist, sind nicht denjenigen Dienstpflichtigen gleich zu erachten, welche im Sinne des § 4 des Kontrollgesetzes vom 15. Februar 1875 infolge eigenen Verschuldens verspätet in den aktiven Dienst eingetreten sind.“ Demgemäß verfährt eine Einberufung solcher früheren Einjährig-Freiwilligen nach Ueberbreitung des 32. Lebensjahres zu Landwehrübungen, wie solche in der letzten Zeit mehrfach vorgekommen ist, gegen die Bestimmung in § 4 des Kontrollgesetzes vom 15. Februar 1875, wonach solche Einberufungen nur ausnahmsweise auf Grund besonderer kaiserlicher Verordnung gestattet sind.

Kußerdem beantragt die Kommission: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen: dem Reichstage ihren Gesetzentwurf vorzulegen, welcher diejenigen Fälle regelt und näher begrenzt, in denen die Zivilverwaltungen berechtigt sind, die dauernde Bestellung von militärischen Wachtposten zu politischen Sicherheitszwecken zu verlangen; auf eine thunlichste Einschränkung der Militärposten, insbesondere in verkehrsreichen Gegenden hinzuwirken; eine den veränderten Verhältnissen entsprechende Revision der Bestimmungen über den Gebrauch der Schusswaffen seitens der Militärposten herbeizuführen.

Abg. Richter (Hr.): Wir haben immer dahin gestrebt, daß die Dienstzeit der Soldaten möglichst beschränkt wird, deshalb wollen wir gewisse Arbeiten, welche von Soldaten verrichtet werden, durch Zivilisten verrichten lassen und auch den übermäßigen Wachtdienst vermindern, namentlich da, wo er im Interesse der Zivilbehörden verlangt wird. Die militärischen Wachtposten sind dafür die ungeeignetsten, denn es fehlt ihnen an Lokal- und Personalkenntnis; es giebt auch andere Mittel, Rassen u. s. w. sicher zu stellen. Auch manche militärischen Posten, namentlich Ehrenposten, könnten vermindert werden, die noch aus Zeiten stammen, wo das Militär mehr Zeit hatte, als jetzt. Namentlich müßte auch die ganze veraltete Schießinstruktion geändert werden, besonders angeht die Verbesserung der Waffen und ihrer Wirkungen in der letzten Zeit, daß es nicht eher besser werden würde, als bis einmal ein höherer Offizier oder gar ein Prinz angehoben wird.

Generalmajor von Gohler: Innerhalb des preussischen Reiches werden für Kasernen und Gebäude, in denen werthvolle Gegenstände untergebracht sind, 199 Wachtposten gestellt; für die Kasernen 22 Offiziere, 149 Unteroffiziere, 99 Spilleute und 1895 Mann. Eine erhebliche Beschränkung kann also bei diesen Posten nicht eintreten. Die Verminderung der Zahl der Ehrenposten und der militärischen Posten ist eine Sache der Kommandogewalt des Kaisers als obersten Kriegsherrn. Die verbündeten Regierungen können darauf keinen Einfluß ausüben. Bezüglich des Schießens der Posten besteht keine Instruktion, sondern eine gesetzliche Vorschrift. Die Posten stehen jetzt nicht mehr, wie früher, mit geladenem Gewehr. Wenn dadurch, daß Jemand durch Erzeße den Posten zum Schießen zwingt, ein Dritter verletzt wird, so könnte man vielleicht den Urheber der Erzeße strenger bestrafen.

Abg. Singer (Soj.) bringt die Frage der Absperrung der Straßen und Plätze durch Militär bei besonderen Veranlassungen zur Sprache. Erst in letzter Zeit wieder hat bei Ankunft des Königs von Württemberg in Berlin eine Absperrung von Straßen in solchem Umfange stattgefunden, daß der Verkehr in den betreffenden Gegenden vollständig ins Stocken gerieth. Derartige Absperrungsmaßregeln werden wohl eigentlich nur deshalb gemacht, um dem einziehenden fremden Gast schon bei seiner Ankunft mit einem gewissen militärischen Apparat entgegenzutreten. Wozu haben wir denn aber das Tempelhofer Feld in Berlin? Das sollte man zu diesem Zweck benutzen, nicht aber soll man die Bürger der Stadt, welche die Lasten des Militarismus auf sich nehmen müssen, durch diese Absperrungen in ihren Geschäften stören. Die Rücksichtslosigkeit der Absperrung bei Gelegenheiten des Besuchs des Königs von Württemberg kennzeichnete sich am allerbesten dadurch, daß, nachdem die Empfangsfeier vorüber war und das Publikum zurückzutreten wollte, nur diejenigen durch die abgesperrten Linien durchgelassen wurden, die durch eine Uniform sich für diese bevorzugte Bevorzugung besahigen zeigten. Die Bürger mußten nachher noch stundenlang auf den Straßen verweilen, und erst nachdem das Militär abmarschirt war, konnten sie ihren Angelegenheiten nachgehen. Ich bewundere, daß es immer noch so viel Schaulustige und Nichtsthuer giebt. Am besten Schaukunst zu betreiben, darf die Behörde aber nicht Maßregeln ergreifen, welche die ruhigen, arbeitssamen Bürger in ihren Geschäften stören. Ich bitte die Militärverwaltung, Sorge zu tragen, daß der Verkehr bei solchen Gelegenheiten nicht in derartiger Weise gehindert und geschädigt wird, wie es thatsächlich der Fall ist. Der dritte Punkt der Resolution ist der weitest wichtige. Ich kann nicht annehmen, daß der Reichstag mit der Erklärung des Herrn v. Gohler zufrieden sein kann. Allerdings zeichnet sich diese Erklärung vortheilhaft aus vor derjenigen, mit der er sich in Bezug auf diese Frage in der Budgetkommission geäußert hat. Der Zustand, der infolge der jetzigen Instruktion für die Wachtposten sich in Berlin entwickelt hat, ist unerträglich. Es geht absolut nicht länger, daß aus der geringfügigsten Veranlassung dem ersten besten Posten die Möglichkeit gegeben wird, Menschen auf belebten Straßen der Stadt zu erschießen. Es handelt sich in allen diesen Fällen um ganz minimale Vergehen, welche im Wege des Polizeimandats mit 10-15 M., in allerhöchsten Fällen mit einer geringfügigen Haftstrafe geahndet werden können. Und wegen solcher Vergehen sollen Wachtposten beschützt werden, das Todesurtheil über Mitglieder nicht bloß zu verhängen, sondern auch gleichzeitig zu vollstrecken? Dazu kommt, daß diese Fälle durchaus nicht vereinzelt sind. Wir haben in Berlin gerade in dem letzten Jahre eine Anzahl solcher Fälle erlebt, und auch in Wiesbaden wurde kürzlich in verkehrsreicher Gegend seitens eines Wachtpostens von der Schusswaffe Gebrauch gemacht. Die Thatsache, daß dabei vorübergehende Passanten in Lebensgefahr gerathen, sollte mit zwingender Nothwendigkeit die Militärverwaltung dahin führen, die Instruktion für Wachtposten in entsprechender Weise abzuändern oder dieselben in verkehrsreichen Straßen nicht mit scharfen Patronen auszurüsten. Der Regierungsvorsteher hat gemeint, daß man die Sache nicht derartig regeln könnte, daß man die Schuldigen möglichst streng bestrafe; aber demjenigen Unbetheiligten, der todtgeschossen ist, wird kaum Gemüthung gegeben, wenn der Veranlasser seines Todes mit einer stärkeren Strafe belegt wird. In der Kommission hat der Vertreter der

verbündeten Regierungen die Frage in anderer Weise behandelt, wogegen ich auch hier im Plenum auf das Allerschärfste Protest erheben muß. Er hat gemeint, die bestehende Instruktion für die Militärposten sei notwendig, weil man dieselben gerade vor der alleruntersten Volksschicht schützen müßte; man könne die Posten nicht schändlichen Angriffen derselben ausgesetzt lassen. Aber wenn in aller Welt ist es eingefallen, irgend wie zu verlangen, daß der Wachtposten wehrlos etwaigen Angriffen ausgesetzt sei? Das heißt die Dinge so verschieben, daß man nicht mehr versteht, was weiß und was schwarz ist. Es handelt sich hier nicht um den Schutz der Posten, sondern um den Schutz der wehrlosen Bürger gegen überschaumendes Temperament oder sonstige Unbesonnenheiten der Wachtposten, es handelt sich um den Schutz der Bürgerschaft, von der das Militär lebt. Warum folgen wir nicht dem Beispiel Oesterreichs, wo der Gebrauch der Waffe seitens der Posten nur dann gestattet ist, wenn sie angegriffen werden? In derartigen Fällen wird Niemand dem Posten verdenten, wenn er sich seiner Haut wehrt, obwohl es dann auch noch nicht notwendig wäre, eine solche Waffe zu gebrauchen, wie sie das Militär jetzt hat. Zur Verteidigung könnte auch immer noch das Seitengewehr benutzt werden. Der Gebrauch der Schusswaffe seitens der Posten ist ein Ausfluß des Militarismus, ein Ausfluß derjenigen Stellung, die nun einmal das Militär in Deutschland einnimmt. Die Soldaten werden durch ihre Instruktion in eine so außerordentlich bevorzugte Ausnahmestellung hineingebracht, sie werden mit einer solchen Macht umkleidet, daß es erklärlich ist, wenn diese jungen Leute ihren Ansichten in einer derartigen Weise Ausdruck geben, wie wir sie wiederholt erlebt haben. Aber wir dürfen uns nicht auf den Standpunkt der Regierung stellen; das Volk ist nicht des Militärs wegen da, sondern umgekehrt, und wenn wir in die Hand eines jungen Soldaten die Möglichkeit legen, wenn ein geringes Vergehen vorgekommen ist, den Schuldigen oder alle in der Nähe Befindlichen zu tödten oder schwer zu verwunden, so können wir in der äußersten Konsequenz dazu, daß überhaupt nur noch Soldaten vorhanden sind; ob aber der Militarismus dann überhaupt noch bezahlt werden kann, ist eine andere Frage. Kurz, ich glaube, durch die Annahme der Resolution wäre die Regierung doch veranlaßt, der Frage ernstlich näher zu treten, in wie weit es möglich ist, solche Vorkommnisse, die nicht gerade zu den Seltenheiten gehören, zu verhindern. Die Regierung müßte eine Instruktion erlassen, durch welche die Möglichkeit, Menschenleben zu gefährden, ausgeschlossen ist. Bei Erlaß der geltenden Instruktion waren die Verhältnisse ganz andere, als heute; abgesehen von dem geringeren Verkehr in den Straßen hatten auch die Schusswaffen nicht die Wirkung der heutigen. Es kann auch jedem vorübergehenden Offizier passieren, abirrenden Augen zu begegnen. So lange es aber nicht den eigenen Kreisen fühlbar wird, welche Mißstände die jetzige Instruktion mit sich führt, ist an eine Abhilfe nicht zu denken. Wir im Reichstage aber müssen unter allen Umständen und bemühen, die Angelegenheit so zu regeln, daß das Volk nicht schutz- und wehrlos den Geschossen der Soldaten preisgegeben ist. Sollte aber wirklich einmal das grenzenlose Unglück passieren, daß ein solcher Mensch, der sich einer Veranreinigung der Straße schuldig macht, entläuft, so nehme ich das lieber in den Kauf, als daß er oder ein Unschuldiger vom Posten erschossen wird.

Abg. Richter: Die Absperrungen haben sich allerdings in der letzten Zeit sehr fühlbar gemacht und man fragt sich allgemein, warum jezt solche Dinge zu Tage treten, die früher nicht üblich waren. Bezüglich der Wachtposten wäre es interessant, die Ziffer der militärischen Posten ebenfalls zu erfahren. Gewiß ist die Aufstellung der Wachtposten Sache der Kommandogewalt. Wir können keine Bestimmung darüber treffen, wo die einzelnen Posten aufgestellt werden sollen. Aber die Kommandogewalt findet doch ihre Schranken an der Zahl der vorhandenen Mannschaften, wie überhaupt an den vorhandenen Mitteln, welche wir bewilligt haben. Wenn das Militär allein auf der Welt wäre, dann könnten die Posten machen, was sie wollen, aber anderwärts liegt die Sache in den belebten Straßen einer Großstadt. Der Höhe der Ansehung, daß der Erzedent schärfer bestraft werden soll, kann ich nicht folgen; schließlich hängt das Verschulden davon ab, ob der Posten mit geladenem Gewehr oder nicht, ob er mit oder ohne Munition versehen ist. Man sollte wirklich untersuchen, ob nicht das Gesetz, welches unter ganz anderen Verhältnissen erlassen worden ist, einer Aenderung unterzogen werden müßte.

Abg. von Frege (N.): Für die Resolution wäre es besser gewesen, wenn nur Herr Richter für dieselbe gesprochen hätte und nicht Herr Singer. Unter den Uebertreibungen des letzteren leidet der gute Kern der Sache. Sehr viele Militärposten stehen vereinzelt und müssen geschützt werden. Der zum Militär eingezogene einzige Sohn einer Wittwe ist mir eben so lieb als derjenige, der sich betrunken hat und den Posten belästigt und angegreift. (Zuruf Webers: Ist denn der Posten in Lebensgefahr?) Bezüglich der Absperrungen hat man wirklich mit Kanonen nach Spanien geschossen. Die Absperrungen sind doch ganz geringfügig gewesen. (Lebhafter Widerspruch links.) Nach der Erklärung des Vertreters der Militärverwaltung darf man hoffen, daß den berechtigten Beschwerden Abhilfe geschafft werde.

Generalmajor von Gohler: Wir sind genöthigt worden, viele Posten, die bis jezt ohne Munition gestanden haben, mit Munition zu versehen, denn es ist ein Wachtposten ermordet worden; in Mainz hat man einen Wachtposten durch den Helm geschossen, ohne daß der Thäter ermittelt werden konnte.

Abg. Singer: Mit dem, welcher, wie der Abg. v. Frege auf dem Standpunkt steht, von der Regierung forzusagen im Gnadenwege zu erbitten, diesen Uebelthäter ein Ende zu machen, kann ich mich nicht verhandigen. Der Reichstag muß von seiner Befugnis energisch Gebrauch machen, auf die Abstellung dieser Mißstände, und solche sind es, zu dringen. Vielleicht würde auch der Abg. v. Frege anders urtheilen, wenn er einmal oder einer seiner Bekannten einer solchen verrückten Kugel begegnet. Wenn gesagt wird, die Frage der Absperrung sei so unwesentlich, daß es sich nicht lohnt, darauf einzugehen, so ist das ein großer Irrthum. Der einzige Vortheil dabei ist höchstens der, daß die Soldaten nicht von ihren Schusswaffen Gebrauch machen können. Daß aber der Verkehr in außerordentlicher Weise gehindert wird, weiß Jeder, der das mitgemacht hat. Wenn nicht einmal die Postwagen durchkommen, den Anschlag zu den Gehägen nicht mehr erreichen, dann sät das dem Handel und der Industrie einen erheblichen Schaden zu. Wollte doch die Regierung bei Verathung der Gewerbe-Ordnungs-Novelle Geschäfte am Sonntag offen lassen, damit eventuell ein Brief oder Telegramm beantwortet werden könnte. Hier wurde Rücksicht auf den Verkehr genommen, dort nicht. Ich verwehre mich dagegen, daß der Abg. v. Frege die Ausführungen des Regierungsvorsetzers in der Kommission und hier im Hause als gleichbedeutend bezeichne, und besuche mich dabei auf das Zeugnis der übrigen Kommissionsmitglieder. Wenn es auch nicht ins Protokoll aufgenommen ist, so ist die Sache damit nicht aus der Welt geschafft. Der Generalmajor v. Gohler hat in der Kommission wirklich gesagt: Man dürfe die Posten nicht wehrlos den mörderischen Angriffen der unteren Klassen aussetzen. Deuten diese Worte auch nur mit einem Schein von Keckheit darauf hin, daß sie gleichwerthig sind

mit den heutigen? Nein. Er hat sich wohl schon selbst gesagt, daß diese Auffassung hier nicht vertreten werden kann. Den Wachtposten mache ich keinen Vorwurf, daß sie schießen; die Instruktion verpflichtet sie dazu, ja die Posten setzen sich der Gefahr der Degradation aus, wenn sie in gegebenen Falle von ihrer Schusswaffe keinen Gebrauch machen. Aber diese Instruktion ist es gerade, die wir bekämpfen müssen.

Abg. Meyer-Berlin: Eine Kugel, wenn sie ihr Ziel verfehlt, fällt nicht mehr platt zur Erde. Angesichts der rasanten Flugbahn und der großen Durchschlagskraft der Geschosse ist eine Aenderung der Instruktion notwendig. Redner bespricht die drei Fälle, welche in letzter Zeit vorgekommen sind und meint, daß in dem ersten Falle: bei der Invalidensäule, der Unfall hätte vermieden werden können, wenn statt eines Soldaten ein Schutzmann die Bewachung gehabt hätte. In dem zweiten Falle, wo ein Transporteur auf einen Flüchtling schoß, hätte der Transport im Wagen alles verhütet und im dritten Falle, wo der Posten schoß, weil sich jemand ein kleines polizeiliches Vergehen zu schulden kommen ließ, hätte das Uebersehen dieses Vergehens auch nichts weiter geschadet.

Abg. Richter vertheidigt darauf seinen oben mitgetheilten Antrag bezüglich der Einjährig-Freiwilligen. Ein Verschulden des Einjährigen liege durchaus nicht vor, wenn er mit Zustimmung der Erfahrungsbehörde später in den Dienst tritt. An solche Fälle hat man wohl nicht gedacht.

Generalmajor v. Gohler: Die Verhandlungen bei den Beratungen des Gesetzes gaben keinen Aufschluß über die gesetzlichen Bestimmungen. Es braucht sich ja nicht um ein strafbares Verschulden zu handeln, aber ein Verschulden ist es, wenn sie auf ihren Antrag später eintreten. Es kommen dabei nicht bloß Einjährige in Betracht, sondern auch Dreijährige, die wegen Vollendung ihrer Ausbildung später eintreten. Die Militärverwaltung will den Reichskanzler um eine authentische Interpretation der Gesetzesbestimmungen bitten, so daß eine Nothwendigkeit, den Antrag anzunehmen, nicht vorliegt.

Abg. Hünze spricht die Hoffnung aus, daß die Kriegsverwaltung die frühere Auslegung des Gesetzes wieder anwenden werde.

Darauf wird der Antrag der Budgetkommission gegen die Stimmen der Deutschkonservativen und der Antrag Richter gegen die Stimmen der Reichspartei- und der Deutschkonservativen angenommen.

Beim Kapitel Militär-Justizverwaltung beantragt die Budgetkommission: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen: 1. die Militär-Strasprozeß-Ordnung baldigst einer Reform, namentlich in der Richtung einer größeren Oeffentlichkeit des Verfahrens zu unterwerfen; 2. die Bestimmungen über das Beschwerderecht der Militärpersonen, namentlich in der Richtung einer Erleichterung dieses Beschwerderechts, einer Revision zu unterziehen; 3. auf die Pflege religiösen Sinnes unter den Angehörigen des Heeres, sowie im gesammten Volksleben, insbesondere bei der Erziehung der Jugend thunlichst hinzuwirken.

Kußerdem beantragt die Abg. Suhl und Richter, unterstützt von nationalliberalen und freisinnigen Abgeordneten, den Antrag der Budgetkommission durch folgenden zu ersetzen: Im Interesse der größeren Sicherstellung einer angemessenen Behandlung der Soldaten durch ihre Vorgesetzten erscheint es dringend erforderlich, die Bestimmungen über das Beschwerderecht der Militärpersonen einer Revision zu unterziehen und insbesondere mißhandelte Soldaten zur Erhebung der Beschwerde zu verpflichten; bei der in Aussicht genommenen Reform der Militärgerichts-Verfassung und Militär-Strasprozeßordnung die Grundzüge der Ständigkeit und Selbständigkeit der Gerichte, sowie der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Hauptverfahrens, wie sie sich im Königreich Bayern bewährt haben, zur Geltung zu bringen.

Abg. Casselmann (Nl.): Die Soldatenmißhandlungen, welche durch den Erlaß des Kommandirenden des sächsischen Armeekorps bekannt geworden sind, zeugen von einer Grausamkeit und Rohheit bei Personen, denen man doch ein gewisses Standes- und Ehrgefühl zutrauen sollte, die man kaum erwarten könnte. Alles menschliche ist beinahe abgestreift worden und besonders bedenklich ist es, daß auch Offiziere sich solche Mißhandlungen haben zu Schulden kommen lassen. Durch die Betonung der religiösen Interessen wird auch nicht viel geholfen, noch weniger durch die Einführung konfessioneller Unteroffizierschulen. Redner empfiehlt die Annahme des Antrages Suhl-Richter. Er hält es nicht für bedenklich, den Soldaten eine Beschwerdeverpflichtung für den Fall von Mißhandlungen aufzuerlegen. Ebenso unbedenklich sei die Einführung der Oeffentlichkeit für das Militär-Gerichtsverfahren. Man weigert sich, die Oeffentlichkeit einzuführen. In Bayern besteht diese Oeffentlichkeit und im bayerischen Landtage hat man sich für die Aufrechterhaltung derselben ausgesprochen; in der zweiten Kammer einstimmig, alle Parteien: Liberale, Konservative und Zentrum (Hört!) haben dafür gestimmt. In der ersten Kammer, der Reichsraths-Kammer, wurde der Antrag gegen 8 Stimmen angenommen. Die Ablehnenden waren aber nicht Gegner des Antrags, sondern meinten nur, er sei unnöthig, weil die bayerische Regierung doch schon wisse, was sie zu thun habe. Unter den Zustimmenden befanden sich Prinz Leopold, der Kommandeur des ersten bayerischen Armeekorps und Prinz Arnulf, der Kommandeur der ersten bayerischen Division (Hört!) Das wird vielleicht die preussische Militärverwaltung veranlassen, in dieser Beziehung anderer Meinung zu werden. Keine andere Frage regt die öffentliche Meinung so auf, wie die vielleicht bevorstehende reichsgesetzliche Regelung der Gerichtsbarkeit unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. (Zustimmung links.) Es muß eine ständige, unabhängige Gerichtsbarkeit verlangt werden; sie ist aber nicht vorhanden, wo die Gerichte von Fall zu Fall zusammengesetzt werden, wo jedes Erkenntnis der Befähigung der militärischen Befehlshaber bedarf. (Zustimmung links.) Welche eigenthümliche Stellung hat der Auditor: er ist Richter, Vertheidiger und Ankläger. In Bayern giebt es ständige Gerichte und der Auditor als Untersuchungsrichter ist völlig selbständig. Die Gerichte sind vollständig unabhängig und sie haben sich darin bewährt. Die Mündlichkeit des Verfahrens sollte sich eigentlich von selbst verstehen. Jedes Verbrechen und Vergehen ist nicht bloß eine Verletzung des Individuums, sondern auch ein Einbruch in die öffentliche Ordnung, deshalb muß die Oeffentlichkeit wissen, wie ein solches Verbrechen gesühnt wird. Die Militärgerichte selbst haben ein Interesse an der Oeffentlichkeit, weil sonst das Publikum die Urtheile nicht begreift. Eine Aufregung, wie sie der sächsische Erlaß hervorgerufen hat, ist bei uns nicht denkbar. Welche Aufregung rief es hervor, als die Nachricht verbreitet wurde, in Köln sei ein Marinefeldat zum Tode verurtheilt worden, ohne daß von dem Prozeß irgend Jemand anders als die betreffenden Dienststellen etwas erfahren hatten. Die Disziplin wird nicht darunter leiden, wenn die Oeffentlichkeit von besonders krassen Mißständen, aber auch von deren Aburtheilung Kenntniß erhält. Bayern hat schon vor dem Erlaß der jetzigen Gerichtsordnung die Mündlichkeit und Oeffentlichkeit des Verfahrens gehabt, ein Beweis, daß die Manneswürde darunter nicht gelitten hat. Der Kaiser hat bei den letzten Manövern in Bayern der bayerischen Armee die höchste Anerkennung ausgesprochen. Der bayerische Kriegsminister und der bayerische Ministerpräsident haben sich für die Oeffentlichkeit des Verfahrens erklärt und

mehrere Generale haben in der Reichsrathskammer dafür gestimmt. Das wäre nicht geschehen, wenn sie die Erfahrung gemacht hätten, daß die Disziplin dadurch untergraben wird. Der Ausschluß der Öffentlichkeit ist ja in einzelnen Fällen gestattet, aber von dieser Bestimmung ist von den Militärgerichten außerordentlich wenig Gebrauch gemacht worden. Der Flußion geben wir uns nicht hin, daß mit der Einführung der Öffentlichkeit alle Mißhandlungen aufhören werden. Solche Mißhandlungen wird es geben, so lange wir gefühllose Menschen haben. Aber die Zahl der Fälle wird sich vermindern, wie dies in Bayern thatsächlich der Fall ist. Ich möchte Sie deshalb bitten, mit möglichster großer Mehrheit dem Antrage Subl. Richter zuzustimmen, und die Regierung möchte ich bitten, der Forderung des Volks möglichst bald Rechnung zu tragen im Interesse des deutschen Heeres und zum Wohle des deutschen Vaterlandes. (Beifall.)

**Sächsischer Bevollmächtigter Oberst v. Schlieben:** Der mehrfach erwähnte Erlaß ist ein vertraulicher gewesen und nur durch einen unerhörten Vertrauensbruch in die Öffentlichkeit gekommen. Der Erlaß braucht aber die Öffentlichkeit nicht zu scheuen. (Zustimmung links.) Der Erlaß hat aus den letzten Jahren die schwersten Fälle von Mißhandlungen zusammengestellt und hat seinen Zweck erfüllt: Die Zahl der Mißhandlungen hat sich vermindert, Fälle roher Mißhandlungen sind nicht vorgekommen. Die Mißhandlungen der in dem Erlaß angeführten Mißhandlungen haben sich nicht bloß auf die beteiligten Unteroffiziere selbst beschränkt, sondern die Offiziere, welche irgendwie dabei mitschuldig waren, sind ebenfalls zur Verantwortung gezogen. Ich darf der Meinung Ausdruck geben, daß diese Wahrung von dieser Stelle aus, welche die höchste Verehrung in der Armee genießt, von durchgreifender Wirkung gewesen ist. (Beifall rechts.)

**Reichskanzler Graf von Caprivi:** Der früheren Gespöchlichkeit entsprechend, sollte der Reichskanzler eigentlich bei dieser Angelegenheit das Wort nicht ergreifen. Angesichts der Bewandlung, welche Herr Casselmann dargestellt hat, und deren Vorhandensein ich nicht in Abrede stellen will und angesichts der Angriffe auf die preussische Militärbehörde, deren Chef heute durch Krankheit verhindert ist, zu erscheinen, will ich das Wort nehmen. Die Mißhandlungen sind überaus beklagenswerth; sie sind dies besonders vom Standpunkt des Kommandos aus, denn darunter leidet die Aufrechterhaltung der Zucht und Ordnung der Truppe. Verzüglich kann es für Herrn Casselmann sein, daß die Dinge doch auch bei dem heimlichen norddeutschen Verfahren zu Tage gekommen sind und eine Abmilderung gefunden haben, wie sie in Bayern nicht scharfer hätte ausfallen können. Wenn die Nachricht, daß ein Marinejunge erschossen sei, die Welt beunruhigt und wenn dies dem norddeutschen Verfahren zur Last gelegt wird, so kann ich das nicht zugeben. Wenn Jemand läßt und ihm wird nicht widersprochen, so können wir nichts daran ändern, wenn dieser und jener sich beunruhigt fühlt. Wir sind nicht gewillt, noch verpflichtet, gegen jede Lüge aufzutreten. In Bayern können solche Lügen, trotz des öffentlichen Verfahrens, auch vorkommen, dessen Vorzüge ich nicht verkenne. — Ich habe selbst darüber Erfahrung, da ich einmal bayerische Truppenkommandir habe. Das Zurückgehen der Zahl der Bestrafungen ist auch in Preußen festzustellen, ist also nicht bloß eine Folge des bayerischen Verfahrens. Es besteht eine kaiserliche Verordnung von 1890, die eine alte Verfügung von 1848 in Erinnerung bringt. Diese Verordnung wird bei jeder Rekruteneinstellung verlesen und zur Kenntniß gebracht. Aber dadurch werden die Mißhandlungen nicht vermindert, so lange es rohe Menschen giebt. Die Strafbücher werden mit größter peinlichkeit kontrollirt, so peinlich, daß man schon geglaubt hat, die Hauptleute würden alle Lust verlieren, überhaupt zu strafen, wenn sie sich einer so strengen Kontrolle unterworfen sehen. Es wird also nicht versäumt. Ein Hauptmann ist in einer Weise in Anspruch genommen, wie kaum ein anderer Beamter. Er ist nicht in der Lage, seine Untergebenen so zu überwachen, daß nicht Mißhandlungen vorkommen können. Wenn wir die Zahl der Offiziere vermehren und den Sanktion unserer Unteroffiziere heben, dann werden wir darin ein Mittel finden, um diese Uebelstände zu vermindern. Mißhandlungen sind auch anderweitig vorgekommen. Ich erinnere an die Broschüre des Herrn Abel. In diesem Falle ist der Irrthum des beteiligten Vorgesetzten festgestellt worden. Der Antrag hat eine ziemlich scharfe Form angenommen. Dadurch wird der Verhandlung der Materie nicht gebiet, wenn in dieser Weise weitergegangen wird, arbeiten wir anderen Seiten in die Hände, die vielleicht einmal nach Ihnen kommen. Die Herren, welche jetzt eine so scharfe Stellung eingenommen haben, werden da pflügen, wo andere ernten werden. Ich kann mich dem Eindruck nicht verschließen, daß ein gewisses Quantum von Parteipolitik dabei mitgespielt hat. (Unruhe bei den National-Liberalen.) Der Bewegung in der deutschen Armee ist ein geregelter, der Soldat geht an den Wachmeister oder Feldwebel, nicht an seinen Korporalschaftsführer. Eine Aenderung des Beschwerderechts in eine Beschwerdepflicht würde doch schließlich zu Unzutraglichkeiten führen. Wer soll darüber entscheiden, was eine Mißhandlung ist oder nicht, er wird, da ihm eine Strafe droht in jedem Falle, die Anzeige erstatten, wo bleiben dann aber die Strafverfahren über die unbegründete Beschwerde? Das Militärverfahren kann nicht dasselbe sein wie das Zivilverfahren. Das Vorhandensein einer Armee ist schon ein gewisse Anomalie, deshalb muß die Armee in Disziplin erhalten werden; denn eine Armee ohne Disziplin ist eine Lüge, den man sobald als möglich abschaffen müßte. (Zustimmung rechts.)

Die Ausnahmebestellung der Armee bringt es mit sich, daß auch die Rechtsfälle durch ein Ausnahmeverfahren entschieden werden. Gerechtigkeit muß auch die Armee üben, aber die Wege werden von der Zivilgerichtsbarkeit abweichen. Es giebt keinen Staat der Welt, wo das Militärverfahren nicht vom Zivilverfahren abweicht. Deshalb bin ich geneigt, bei der weiteren Bearbeitung dieser Frage das letzte Wort den Soldaten zu gönnen. Wenn die militärischen Sachverständigen sich mit den Juristen nicht einigen können, müssen wir nach einem anderen Wege suchen, der sich dem Zivilverfahren möglichst nähert, aber die militärischen Interessen berücksichtigt. Eine Armee ist um so besser, je mehr ihre Friedenseinrichtungen sich den Einrichtungen des Krieges nähern. Je mehr wir die Friedensgewohnheiten auf den Krieg übertragen können, desto besser ist es. Deshalb muß auch erzwungen werden, wie wird sich das Militärverfahren im Krieg gestalten. Wir haben in der preussischen Armee zwei Arten von Militärgerichtsbarkeit: Kriegs- und Standgerichte. Mit dem Worte Standgericht verbindet man Erinnerungen an 1848, wo Standgerichte für Zivil- und Militär eingerichtet wurden. Damit haben die Standgerichte nichts zu thun, sie sind nur eine mit gewissen Kautelen umgebene Handhabung der Disziplin. Trotzdem wir mit dem alten Verfahren sehr gut ausgekommen sind, erkenne ich an, daß, wie die Dinge liegen, wir eine Aenderung des Militär-Strafverfahrens werden vornehmen müssen. Die Vorarbeiten sind gemacht; einige Fragen sind strittig geblieben. Aber eine Säumnigkeit wird der Armeeverwaltung nicht vorgeworfen werden. Der Kaiser hat seine Generalkommandos befragt, und Sie werden es begreiflich finden, daß wir die preussische Einrichtung möglichst bewahren wollen. 50 Jahre sind wir damit ausgekommen, und ich möchte glauben, daß trasse Ungerechtigkeiten vermieden worden sind. Die Herren werden es begreiflich finden, daß in der preussischen Armee der Drang nach Aenderung nicht so groß ist, daß wir nicht noch warten könnten, bis die Generalkommandos sich geäußert haben. Wir haben neulich über die Aufschöpfung der unschuldig Verurtheilten verhandelt; wenn das vorkommt bei dem öffentlichen und mündlichen Verfahren, dann kann es wohl bei der Militär-Gerichtsbarkeit auch vorkommen. Wir ist aber nur ein einziger Fall bekannt. Die Handhabung der Disziplin verlangt in jedem Falle Handhabung der Gerechtigkeit. Die Verhältnismomente spielen im militärischen Leben auch eine große Rolle; man darf sie nicht vernachlässigen. Ich bitte die Herren, zeigen Sie etwas von Ihrem juristischen Sockel herunter und kommen Sie mit uns auf das Blachfeld, dann werden wir

und vielleicht verständigen können. Ich komme nun zu dem Antrage der Kommission. Von konfessionellen Truppentheilen kann im Grundsatz keine Rede sein. Wir müssen Kameradschaft pflegen, und dabei fragt man nicht nach dem Glauben. Religiöse Neigungen innerhalb der Kaserne vorzunehmen, wo verschiedene Glaubensrichtungen vorhanden sind, das ist unmöglich; wir wollen keine Konventikel in Kaserntuben abhalten, wenn wir auch nöthigen müssen, daß der Soldat Selbstverleugung übt. Die Armee hat es verstanden, sich den Kulturkampf fern zu halten. Das wollen wir auch in Zukunft so halten. (Zustimmung.) Bezüglich der religiösen Erziehung der Jugend möchte ich mich an die Herren wenden, welche Mitglieder des Abgeordnetenhauses sind: wir brauchen die religiöse Erziehung für die Jugend. Graf Rolffe hat einmal gesagt: Zum Volk in Waffen gehören auch die Spießhüben. Es werden uns sehr immer mehr vorbestraute Personen überweisen. Daraus schließt ich auf eine Zunahme der Betrohung und ich wünsche, daß wir dem entgegen treten. Zum Schluß noch einige allgemeine Betrachtungen. Es giebt große Parteien, die haben Mißtrauen gegen die Regierung. Wenn das Mißtrauen des Mannes gegen die Vorgesetzten erweckt wird, dann ist die Truppe nicht mehr so viel werth. Wenn das Mißtrauen einreißt, dann vermehrt sich die Zahl der Strafen. Lassen Sie das Mißtrauen heraus. Hier im Hause ist nicht davon zum Ausdruck gekommen. Aber die Presse hat, wenn auch unbewußt, das Mißtrauen geschürt und damit die Armee geschädigt. Der Besserer stellt man sich dadurch entgegen. Der Werth der Presse mag ein großer sein, für die Armee ist sie ohne Werth. Da werden die Generale in der Öffentlichkeit abgefangen. Ledert das nicht die Disziplin? (Weiterkeit.) Wenn erst die militärischen Vorgesetzten auf die Presse sehen, ob sie dort getadelt oder mitgenommen werden, dann sind wir verloren. Der Offizier muß auf seinen Vorgesetzten sehen, von ihm hängt sein Wohl und Wehe ab. Sorgen Sie dafür, daß nicht durch die Presse Mißtrauen geäußert wird. Es sind zur Zeit Friedrichs des Großen harte Mittel angewendet. Aber was die Erfolge angeht, das war nicht der Stoch, sondern die Liebe der Soldaten. Wir Preußen suchen nicht das Heil im Stoch, sondern in anderen Dingen. Wir wären die Zustände bei uns, wenn wir in so abnormen Verhältnissen leben würden, wie Herr Casselmann sie darstellt! Wir haben ein vorzügliches Verhältnis zwischen Mannschaften und Offizieren gehabt, trotzdem solche Mißhandlungen immer vorkommen waren. Die Handhabung der Disziplin erscheint streng. Das liegt aber an der Aufgabe, die gestellt wird. Der Mann soll bereit sein, an der Stelle zu sterben, an der er steht. Zeigen Sie mir eine andere Aufgabe, die eben so schwer zu lösen ist und dann beurtheilen Sie danach die Angriffe auf die Disziplin. Wenn eine Agitation in die Massen dringt, wenn nicht bloß die extremsten Blätter, sondern auch andere Blätter abfällig urtheilen, ist das schädlich für die Armee. Wenn nur einige Blätter sich behelligen lassen würden, so wäre das ein Vortheil für die Armee. Ich bitte Sie, der Regierung das Vertrauen entgegen zu bringen, daß sie das Verfahren finden wird, welches für die Armee am besten paßt. (Zustimmung rechts.)

**Abg. Rebel:** Die Stellung des Reichstags zu der uns beschäftigenden Frage ist seit dem vorigen Jahre eine ganz andere geworden; daß die Konservativen der Resolution zustimmen, wäre im vorigen Jahre etwas ganz Unerhörtes, und doch hat vor zwei Jahren Abg. Richter, im vorigen Jahre ich selbst Beschwerden über Soldatenmißhandlungen vorgebracht; der Kriegsminister legte dagegen Verwahrung ein, daß die Mißhandlungen in dem von uns geschilderten Umfang vorkommen, und er wurde dabei von den Konservativen und dem Zentrum, namentlich vom Abg. Spulla, unterstützt — jetzt hat der Erlaß des Prinzen zu Sachsen eine totale Frontänderung veranlaßt. Wenn Abg. Casselmann, ein Angehöriger der preussischen Armee, durch die in dem Erlaß veröffentlichten Thatsachen sehr überrascht ist, so muß er den Dingen um ihn wenig Aufmerksamkeit geschenkt haben, denn Keinesliches kommt in allen Truppentheilen der deutschen Armee, in den preussischen, sächsischen, bayerischen, württembergischen, elsässischen Truppentheilen vor. Der Herr Reichskanzler versichert best, daß die Zahl der Mißhandlungen in der Armee von Jahr zu Jahr abnehme — ist das richtig, dann muß es früher schrecklich ausgesehen haben. Die Mißhandlungen bilden keineswegs eine hier und da vorkommende Ausnahme, sie kommen überall, auch hier in Berlin, unter den Augen der höchsten Militärbehörden und des obersten Kriegsherrn vor, und das beweist, daß die Vorgesetzten ihre Pflicht nicht genügend erfüllen. Der Erlaß des Prinzen zu Sachsen giebt allen meinen Ausführungen im vorigen Jahre Recht, indem er sich auf eine lange Reihe kriegsgerichtlicher Untersuchungen stützt und bei den Offizieren Reue herbeiführt, die man bei dem Material, aus dem das Offizierkorps sich ergiebt, kaum für möglich halten sollte; es handelt sich also nicht um Personen, sondern um ein System, das beseitigt werden muß. Der Erlaß macht dem Herzen des Prinzen alle Ehre, und ihm ist darin Recht zu geben, daß ein solches System die militärische Disziplin untergrabe und die Sozialdemokratie stärke. Wie sich dieser Erlaß mit dem von Herrn Reichskanzler entworfenen Bilde verträgt, muß ich Ihrem Urtheil überlassen. Ich gebe zu, daß die obersten Vorgesetzten den Mißständen nach Kräften entgegengetreten, aber dann beweisen die bestehenden Zustände, daß diese Vorgesetzten gar keinen Einfluß hierauf haben. Der Reichskanzler meint, man müsse durch strenge Strafen von den Mißhandlungen abstrahlen; aber wer militärische Verhältnisse kennt, der weiß, daß nur ein Theil aller Mißhandlungen — vielleicht der zwanzigste, vielleicht auch kaum der hundertste Theil — zur Kenntniß der Vorgesetzten kommt. Bezeichnend ist, daß jetzt auch der konfessionelle Reichsbote ihm von konservativen Männern gemeldete Fälle von Soldatenmißhandlungen veröffentlicht, z. B. den, wo ein Kriegsfreiwilliger 1870 seinem ihn vor Weh besuchenden Bruder sagt, „er sei jetzt kein Mensch mehr, sondern, nach der ihm gewordenen Behandlung ein Hund“. Die Veröffentlichung von Soldatenmißhandlungen durch die Presse stört nicht die Disziplin, wie der Reichskanzler meint; die Presse bestimmt sich zehn Mal, ehe sie einen solchen Fall veröffentlicht, denn wenn sie nicht genau die Wichtigkeit der Thatsachen nachweisen kann und Zeugen dafür hat, wird der betreffende Redakteur wegen Verleumdung des Truppentheils schwer bestraft, auch wenn der Vorfall in den Hauptfachen mit dem Bericht übereinstimmt und nur Nebensachen falsch dargestellt sind. Die sozialdemokratische Presse konnte, wenn sie alle ihr zugehenden Fälle veröffentlichte, jedes Jahr einen solchen bringen, sie unterläßt es aus den genannten Gründen, und weil jeder Soldat, den man als Einsender erwischt, dem man also auch nur die geringste Verbindung mit der sozialdemokratischen Presse nachweisen könnte, aufs Schlimmste diszipliniert werden würde. Für solche Veröffentlichungen sollte die Militärbehörde der Presse dankbar sein, wenn sie ernsthaft den Mißhandlungen entgegengetreten will, denn nur hierdurch lernte sie die meisten dieser Fälle kennen. Der Herr Reichskanzler erwähnte den kaiserlichen Erlaß vom 6. Februar an die Kommandeure, wonach diese den Mißhandlungen entgegenzutreten sollten; schon am 18. April 1885 erließ Feldmarschall von Rautenfelde an die elsässischen Kommandeure einen ähnlichen Erlaß in Ausdrücken, denen Jedermann nur freudig beistimmen kann, und dennoch kamen in Elsaß-Lothringen die im vorigen Jahre von mir gerügten Mißhandlungen vor. Im Militär glaubt man, daß der Nachweis einer begangenen Mißhandlung den Offizier nicht im Ansehung beeinträchtigt, ja man meint sogar, eine Kabinettsordre in diesem Sinne sei erlassen worden, ich glaube es nicht, es ist auch eine offizielle Verwahrung dagegen erlassen worden, aber dann sollte man auch den Schein vermeiden, als ob die Meinung der Leute richtig sei. Ein Premier-Lieutenant Nagler in einem Train-Bataillon ließ einen allerdings etwas geistesbeschränkten Mann sich mit allen Vieren auf einen Karren stellen, ihm eine Krone anlegen und ließ ihn dann gehen, wie einen Hund, während andere Soldaten

den Karren auf dem Kasernenhof herumfahren mußten; nachdem ein Hauptmann dieses Train-Bataillons wegen Krankheit aus dem Dienst entlassen war, avancirte der Premier-Lieutenant Nagler zum Hauptmann! Solche Vorgänge sind geeignet, bei der Truppe den Glauben zu erwecken, daß solche Vorgänge von höherer Stelle gebilligt würden, oder daß man dagegen die Augen verschließt. Die Leute meinen, dem, der sich beschwere, gehe es nachher doppelt schlecht, und außerdem komme die Beschwerde in den meisten Fällen nicht an die höheren Behörden. Der kaiserliche Erlaß vom 6. Februar 1890 bezieht sich auf einen andern vom Jahre 1843, aber es giebt ähnliche schon aus viel früherer Zeit. Der berühmte Scharnhorst, der die Basis unserer heutigen Wehrverfassung schuf, erließ im ersten Viertel dieses Jahrhunderts eine Verfügung, in der er sich nicht nur gegen körperliche Mißhandlungen, sondern auch gegen das rohe Schimpfen wendet. Wollten wir uns darüber beschweren, daß Offiziere und Unteroffiziere die Leute durch Schimpfereien beleidigen, müßten wir uns gegen einen großen Theil der Offiziere wenden. Das beweist wieder, daß der Fehler nicht in den Personen liegt, sondern im System. Wenn auf allen anderen Gebieten in diesem Jahrhundert große Fortschritte gemacht sind, auf diesem Gebiet sind wir nicht weiter, als am Anfang des Jahrhunderts. Wenn eine Abnahme der Mißhandlungen in den letzten Jahren vorgekommen ist, so liegt das nicht an einer Besserung militärischer Verhältnisse, sondern an einer allgemeinen Steigerung unserer Kultur. Unser Offizierkorps, namentlich das der preussischen Armee, kommt aus Gesellschaftskreisen, die sich seit Jahrhunderten als die prädestinirten Führer der Armee betrachten und vermöge ihrer guttherrlichen Stellung in dem Mann aus dem Volke ein minderwerthiges, untergeordnetes Wesen zu betrachten gemohnt sind. Der fredericianische Grundsatz: nur der ablige Offizier hat Ehre im Felde, der bürgerliche kennt sie nicht, gilt auch heute noch vielfach. Die bürgerlichen Offiziere werden von den abligen in der Mißachtung der Soldaten angefaßt, und dies pflanzt sich bis auf den Unteroffizier und Gefreiten fort. Der gemeine Mann macht es später gerade so wie seine früheren Vorgesetzten. Die sächsischen Fälle von Mißhandlungen sehen keineswegs vereinzelt da. In Mainz vor 12 Jahren und neuerdings in Jöhode ließen die betreffenden Sergeanten die Mannschaften im Hrad bei offenem Fenster auf dem Korridor exerziren. In dem ersten Falle ist eine Bestrafung eingetreten, in dem zweiten ist nichts davon bekannt geworden. In dieser Behandlung liegt System. Auch in Berlin sind Militärmißhandlungen der oberschulmilitären Art vorgekommen, ohne daß die betreffenden Personen zur Verantwortung gezogen worden sind. Bei der ersten Kompagnie des Alexandrerregiments wurden die Soldaten in der fürchterlichsten Weise mit dem sog. Spicaal, der Scheide des Seitengewehrs mit unweidlicher Spitze, damit sie nicht abspringe und dies Kosten verursache, gequält. Bei besonderer Gelegenheiten mußte der Soldat den Spicaal, wie der Priester das Kreuz, vor sich halten und sagen: heiliger Sequenz, heiliger mann, ich sehe unseren Korporalschaftsführer an, daß er mir mit unserem Spicaal das — Leder macht, der Anstand verbietet den betreffenden Ausdruck zu wiederholen. Nach diesem Gebet nahm der betreffende Sergeant den Spicaal in die Hand und um ging die Wische los. Ein Soldat wurde so fürchterlich mißhandelt, daß ihm, wie die Lazarethgehilfen feststellten, das Fleisch an den Rippertheilen herunterhing. (Unruhe rechts, Rufe: Beweise! Leere Behauptungen!) Die Lazarethgehilfen hielten sich verpflichtet, die Sache anzuzeigen, aber der Feldwebel hat die Sache unterdrückt. (Rufe rechts: Namen nennen! Wer ist Ihr Gewährsmann?) Die Namen stehen zur Verfügung. Noch neuerlich hat sich, nach dem „Berliner Tageblatt“, ein Soldat der 6. Kompagnie des 1. Garderegiments die Gurgel durchgeschnitten wegen schlimmer Behandlung. Ein Grenadier Hermsdorf, aus Rowawitz gebürtig, sagte seinem Vater, er würde sich wegen der fürchterlichen Mißhandlungen das Leben nehmen. Er führte seinen Entschluß aus und ging in die Havel, nachdem er gezwungen worden war, am Weihnachts-Heiligabend eine halbe Stunde um den Tisch herum zu marschiren und mit lauter Stimme zu singen: Stille Nacht, heilige Nacht. Ein Soldat des zweiten Artillerieregiments in Pölsgrub machte im Kanonenschuppen seinem Leben ein Ende, weil er die fortgesetzten Mißhandlungen seiner Vorgesetzten nicht mehr ertragen konnte. Kurze Zeit darauf machte ein Ge-reiter Lange einen Selbstmordversuch; er wurde daran verhindert und er erklärte, er hätte sich das Leben nehmen wollen, weil er die Repressalien seiner Vorgesetzten deswegen fürchtete, weil er vor Gericht die Wahrheit über den oben erwähnten Selbstmord gesagt hätte. Ich könnte Ihnen noch Stunden lang solches Material vorbringen. Auch die höheren Vorgesetzten lassen sich solche Mißhandlungen zu Schulden kommen. Ich erinnere nur an die bekannte Broschüre des Hauptmanns z. D. Edmund Müller über die Zustände in der württembergischen Armee. Namentlich wird in Schimpfwörtern viel geleistet. Es ist überhaupt eine wunderbare Erfahrung, daß dieselben Männer, die im gewöhnlichen Leben, in der Gesellschaft und im Salon als Muster gesellschaftlicher Bildung gelten und die erste Geige spielen und deshalb namentlich von den Damen bevorzugt werden (Weiterkeit), in der Kaserne und auf dem Exerzierplatz total andere Menschen sind und da Worte brauchen, die sie in Gesellschaft von Damen nicht sprechen dürfen. (Unruhe große Heiterkeit rechts.) Dieselben Männer, welche ein außerordentlich feines Ehrgefühl zur Schau tragen und wegen der geringsten Beleidigung ihren Gegner zum Duell herausfordern, betragen sich auf dem Kasernenhofe als Barbaren und nicht als Kulturmenschen. Ich erinnere an die Behandlung eines Thüringischen Bataillons, welches im vorigen Sommer aus Weimar ausgesüßert war und bei dem mehrere Todesfälle vorgekommen sind. Daß der betreffende Offizier zur Untersuchung gezogen ist, ist nicht bekannt; der Hauptmann ist von dem Publikum beinahe gelyncht worden. In Schweinfurt passirte ein ähnlicher Fall; der betreffende Oberst ist aus dem Dienste entlassen worden und im Jahre darauf durch eine Stelle beim Invalidentfonds entschädigt worden. Der General v. Alvensleben verlegte in Ulm vor einem Jahre einem schwäbischen Soldaten, der vom Schießstande kam, und fragte ihn, ob er seinen Schießpflichten nachgekommen sei. Darauf sagte der Soldat: Nein, Herr General, worauf ihm dieser einen fürchterlichen Schlag mit der Faust ins Gesicht gab mit den Worten: Sauhund! Dies Wort hat natürlich in Ulm sehr verschmählt. Eines Tages sagte derselbe General, die Leute sollten nur den Aufschritt noch befehlen, wenn ein Soldat deswegen sterbe, so sei er eben im Frieden für das Vaterland gestorben. Mit solchen Grundföhen werden die wahrlich die Sozialdemokratie nicht vernichten. (Heiterkeit und Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Alle diese Fälle ließen im ausreichenden Maße den Beweis, daß Zustände existiren, die wir auf die Dauer nicht schweigend ertragen können. Unter den Todesfällen in der Armee sind 22 1/2 pCt. Selbstmorde, und wenn man die Selbstmordversuche hinzurechnet, gar 26 pCt. Der gegenwärtige Zustand der Armee bietet ein geradezu grauenhaftes Bild. Und doch ist es im Vergleich zu früher als günstig bezeichnet; dann möchte ich mal wissen, wie es früher ausgesehen hat! Schuld ist das System des absoluten, unbedingten Gehorsams in der preussischen Armee, das nach Süddeutschland verpflanzt, auch die Verhältnisse dort verschlechtert haben soll. Die in der Resolution angelegte Ausschließung der Öffentlichkeit würde unter 100 Fällen 99 Mal angewendet werden. Die Zentrumsmitglieder aus Bayern wollen sich ihr eigenes viel besseres Verfahren sichern, gönnen aber den anderen Truppentheilen, daß es bleibt, wie es ist. Nach dem, was der Herr Reichskanzler, augenscheinlich im Auftrage einer höheren Stelle, sagte, müßten die Konservativen eigentlich von ihrer eigenen Resolution ablassen. Das Zentrum ist heut Regierungspartei in der phrase, es hat heute die Stellung der National-Liberalen (Weiterkeit), es macht Konzessionen in Steuer-, Militär- und Marinefragen, wenn es auf anderen Gebieten, so auf dem der Volksschule, Gegenleistungen erhält. Der Herr Reichskanzler hat vor

hin nachzuweisen versucht, daß die jetzt bestehenden Bestimmungen und das Beschwerderecht ausreichend seien, es sei ein Inhaftenzug bis zum Kaiser gewährt, wenn man das hört, klingt es außerordentlich schön, aber bei einer ganzen Kompagnie sind nur wenige Exemplare der Bestimmungen vorhanden, die beim Hauptmann oder Feldwebel liegen, von wo die Leute sie sich holen müssen, und in den Instruktionstafeln werden die Leute gerade hierüber höchst mangelhaft unterrichtet. Verstöße gegen die Form werden überdies streng bestraft, und die Bildung der Leute ist nicht so groß, daß sie die vielfach in den Bestimmungen liegenden Schlingen und Fuhangeln vermeiden könnten. Verschüchtert kommen sie zur Armee, um dort noch mehr verschüchtert zu werden. Der Abg. Gröber ist übrigens von der Bedeutungslosigkeit der Resolution des Zentrums vollständig überzeugt. (Weiter.) Selbst in Bayern ist das Beschwerderecht noch vielfach illusorisch. Wenn ein Soldat den Muth hat, sich zu beschweren, so wird er oft von den Zeugen im Stiche gelassen und dann wegen falscher Anschuldigungen zur Verantwortung gezogen. Jetzt beruft er sich noch einmal auf die Zeugen, die unerwartet herbeigeholt werden, da erklären diese, ja der Fall ist wahr. Gefragt, warum habt Ihr denn das nicht vorher gesagt, antworten sie: Wir haben Angst gehabt. In der Armee werden nach meiner Uebersetzung hundert Mal Schuldige freigesprochen, während ein Schuldiger verurtheilt wird. Es ist also das umgekehrte Verhältnis wie beim Zivilgericht und wie es der Reichsanwalt dort kennen gelernt haben will. Es hat mich in hohem Maße überrascht, daß der Reichsanwalt dem dritten Punkt der Resolution einen gewissen Widerstand entgegengekehrt hat, indem er sagt, das ginge doch nicht, daß man neben dem gewöhnlichen Gottesdienst besondere Beständen errichtet. Warum sollen die Grundzüge, welche in der Armee gelten, nicht auch im bürgerlichen Leben gelten, und warum nimmt der Reichsanwalt beim preussischen Volksschul-Gesetz eine so ganz andere Stellung ein? Es ist das alte Mittelchen. Wenn alles Andere versagt, glaubt man in der Religion einen letzten Rettungsanker zu erblicken. Aber wenn eine Geschichtsperiode sich überlebt hat und die Bedingungen für eine neue eingetreten sind, wie es jetzt in Deutschland und in der zivilisirten Welt der Fall ist, dann kommt eine neue Gesellschaft und dann bildet es nicht, ganz Deutschland zu einem Bethaus und seine Bewohner in Kopfhänger oder Henschler verwandeln zu wollen. Wenn wir eine Armee haben wollen, in der der einzelne Mann in genügender Grade geistig selbständig ausgebildet ist, so müssen wir eine ganz andere geistige Bildung in das Volk bringen, als es nach dem bisher herrschenden Unterrichts-System möglich ist. Es handelt sich also nicht darum, das Volk zu verweisen auf Schrauben, sondern es auf die höchste Stufe zu heben, was nur durch das Gegenüber von Ihrer Resolution und dem preussischen Volksschul-Gesetz erreicht werden kann. (Widerspruch rechts.) Wir repräsentiren den Kulturfortschritt. (Lachen rechts und im Centrum.) Sie haben kein Bedürfnis, die Armee höher zu bilden. Der Herr Reichsanwalt darf auch nicht warten, daß die Leute erst mit 20 Jahren in die Armee eintreten, sondern schon in der Schule muß die militärische Jugendziehung eingeführt werden. Mit Nothwendigkeit werden wir dazu kommen müssen, die jungen Leute, wenn sie mit 14, 15 Jahren aus der Volksschule entlassen sind, militärisch vorzubilden, dann werden die Unteroffiziere und Offiziere keine großen Schwierigkeiten mit der Ausbildung von Leuten haben, die zwischen dem 14. und 20. Jahre körperlich und geistig in ihrem Verufe vielfach verflümmert sind. (Lebhafter Beifall links.)

**Reichsanwalt Graf v. Caprivi:** Der Vorredner hat meine Aeußerungen über die Militärgerichtsbarkeit mißverstanden; ich habe von der preussischen Gerichtsbarkeit gesprochen, ohne zu sagen, was in der Zukunft geschehen soll. Auch meine Aeußerungen über die Religion hat er mißverstanden. Er kann doch die Schule und die Armee nicht vergleichen. Wenn der Vorredner in den einzelnen Fällen von Mißhandlungen gesprochen hat, so hätte er doch Namen nennen sollen. (Zuruf: Ist gesehen!) Solche Schmähungen der Armee gehören nicht hierher. Dingen, welche Herrn Bebel diese Fälle erzählt haben, hätten sich lieber an die betreffenden Vorgesetzten wenden sollen. Ueber die Selbstmorde in der Armee werden Untersuchungen veranstaltet; was in der sozialdemokratischen Presse darüber geschrieben wird, ist unrichtig. Die Zahl der Selbstmorde hat ständig abgenommen. Der Selbstmord ist bei den Unteroffizieren ungleich häufiger als bei den Mannschaften, also bei den Mißhandelnden häufiger als bei den Mißhandelten. 55 pCt. entsprangen der Furcht vor Strafe, den Mißhandlungen aber nur 2,6 pCt. Die neue Militärerziehungsmethode des Vorredners kann ich den verbündeten Regierungen nicht empfehlen; ich würde ihnen raten, sich an berufenere Männer zu wenden. Der Fall der Ueberanstrengung in Weimar ist untersucht worden. Ich muß es zurückweisen, über die Ausübung des militärischen Kommandos hier mich auszusprechen. Wohin soll das führen, wenn das hier Mode wird? Was würden wir nach einem ersten militärischen Geschehniß im Kriege erst erleben! (Zustimmung.) Der Vorredner hat mir nachgesagt, mir wäre es lieber, wenn die Leute nicht lesen könnten. Ich gebe das im gewissen Umfang zu. Es wäre mir lieber, die Leute könnten nicht lesen, als daß sie sozialdemokratische Zeitungen läsen. (Weiterer Beifall rechts.)

Nach einer kurzen, aber unverständlich bleibenden Bemerkung des württembergischen Bevollmächtigten Oberleutnant von Reidhardt wird um 6 1/2 Uhr die weitere Debatte auf Dienstag 1 Uhr vertagt.

## Tokales.

**Ueber eine Massenverhaftung,** von welcher hiesige Blätter am Sonntag berichteten, wird gemeldet, daß die Sittlichen nicht, wie angenommen wurde, aus „politischen Verbrechern“ bestanden. Es wurde vielmehr am Freitag Nachmittag in den Herbergen seitens eines Wachtmeisters und einer Anzahl von Schulheuten eine Streife auf unangemeldete oder legitimationslose Personen abgehalten, wie das regelmäßig von Zeit zu Zeit geschieht. Die dabei Festgenommenen, etwa 40 Personen, wurden mit Ausnahme weniger bald wieder entlassen.

Das Merkwürdigste bei der Sache ist nur, daß überhaupt geglaubt werden konnte, daß es sich um „politische Verbrecher“ handelte. In den bürgerlichen Kreisen muß eine merkwürdige Stimmung herrschen.

**Die Influenza** hatte, nach den fortgesetzten statistischen Mittheilungen, in der Woche vom 24. bis 30. Januar in ihrem heftigen Ausstreuen stetig nachgelassen und nur noch 16 Todesfälle in dieser Zeit verursacht. Die Sterblichkeitsziffern vom 8. November ab sind für die einzelnen Wochen folgende: 5, 26, 61, 88, 80, 73, 44, 24 (6 Tage, vom 27. bis 31. Dezember), 49 (9 Tage, vom 1. bis 9. Januar), 32, 22, 16. Es ergibt dies eine Gesamtzahl von 530 Todesfällen.

**Ein blutiger Krawall** hat in vergangener Nacht die Bevölkerung von Niddorf in Aufregung versetzt. Eine Lokal-Korrespondenz berichtet darüber: In der unmittelbaren Nähe des Berliner Reichsbahnhofes in der Berliner Straße 98, befindet sich ein Tanzlokal, in welchem zweifelhaft Elemente verkehren. Gestern Abend um 11 1/2 Uhr verließen etwa 30 Personen, das erwähnte Lokal und betrogen sich lärmend auf der Straße, so daß der Gendarm Gerde Ruhe gebot. Ohne weiteres rissen die Tanzenden den Beamten zu Boden und griffen auch einen zweiten Gendarm an, so daß sich die Beamten genöthigt sahen, von der blanken Waffe Gebrauch zu machen. Inzwischen verstärkte sich die Zahl der Ruchstörer, so daß die

Beamten, die inzwischen durch einen dritten Gendarm und den Nachwächter Koff Verhinderung erhalten hatten, auf die mit Steinen werfende und mit Stöcken schlagende Menschenmasse mit der blanken Waffe einhauen mußten. Es gelang der Polizei nach längerem Kampfe, die Menge nach dem Hermannsplatz zurückzutreiben und den Räubelführer, einen in Berlin wohnenden „Arbeiter“ B., zu verhaften. Zwei Beamte beförderten den B. nach dem Amtshaus. Der Verhaftete leistete heftigen Widerstand und wurde durch aus anderen Tanzlokalen heimkehrenden Personen unterstützt. Vor dem Amtshaus hatten sich mehrere hundert Personen angeammelt und es entspann sich hier ein zweiter Kampf, in welchem die Ruchstörer und Schaffner der vorüberfahrenden Pferdebahnen, sowie Mannschaften aus dem nahen Pferdebohn-Depot den bedrängten Beamten Hilfe leisteten. Schließlich gelang es, vier der Hauptgebedenten und eine weitere Anzahl von Menschen festzunehmen, unter denen sich zahlreiche Verletzte befanden, die durch Sabelhiebe der Gendarmen verwundet worden waren. Die Verhafteten, welche sämtlich Berliner sind, erhielten im Amtshaus ärztliche Hilfe.

**Großes Aufsehen** verursacht in der Königsstadt die Verhaftung eines Harenhändlers und seiner Ehefrau wegen Kuppelerei. Der Mann ist beschuldigt, das unästhetische Leben seiner Frau begünstigt, resp. die Gattin dazu angehetzt zu haben.

**Personen, welche Briefe in Postbriefkästen** werfen, sollten darauf achten, daß sie die Briefe so weit in den Kasten befördern, daß sie nicht von Unbefugten mit den Fingern wieder herausgeholt werden können. Der Kaufmannslehrling S. hat sich dabei erwischt lassen, daß er Briefe aus den Postkästen herausgezogen hat, und es scheint, daß er dies geschäftsmäßig betrieben hat. Er behauptet, daß er es nur auf die Briefmarken abgesehen habe, doch liegen Gründe für die Annahme vor, daß auch geübener Falls der Inhalt der gestohlenen Briefschaften Gnade vor seinen Augen gefunden hat.

**Um sich an dem treulosen Geliebten zu rächen,** hat am Freitag Morgen das im hiesigen Herrschp. Dienst beschäftigte Fräul. Emma B. gegen ihren Geliebten, den Buchhalter W., in dessen Wohnung zwei Revolvergeschosse abgefeuert, welche den jungen Mann, glücklicher Weise nicht lebensgefährlich, am Kopfe verletzten. Der Buchhalter hatte dem Mädchen zu verstehen gegeben, daß er des Verhältnisses überdrüssig sei. Emma B. wurde nach Verübung der That verhaftet und soll den sie abführenden Beamten gegenüber gelächelt haben, es thue ihr leid, daß sie nicht besser getroffen habe.

**Vorgestern Abend** zwischen 7 und 8 Uhr wurde in dem in der Alten Jakobstr. 100 gelegenen Geschäftslokal des Kaufmanns S. ein dreifacher Einbruch verübt. Der Dieb hatte sich vornehmlich eines Nachschlüssel vom Hofe aus Zutritt zu dem Hinterraum des Ladens verschafft und dort einen dem Kommiss gehörigen Koffer erbrochen und durchwühlt. Dann erbrach er mit einem Stemmeisen im Vordertraum die Geschäftskasse. Doch war die Ansbauke keine lohnende, da der Geschäftsinhaber kurz vorher den Inhalt der Kasse an sich genommen hatte. Der Verbrecher muß ein Bekannter gewesen sein; denn er hat den Schloßfabrikanten im Laden stark zugesprochen. Offenbar ist er bei seiner Arbeit gestört worden, denn er ließ ein schweres Brecheisen zurück.

**In der Nacht zu vorgestern gegen 12 Uhr** ist bei der Durchsicht durch den Bahnhof Jellendorf der von Berlin über die Hauptbahn nach Potsdam gehende Vorortzug aus noch nicht vollständig aufgeklärten Ursachen entgleist. Personen sind nicht verletzt worden. Die Beschädigungen an den Fahrzeugen sind geringfügig. Die im Zuge befindlichen Reisenden konnten ohne längeren Aufenthalt den Zug über Wannseebahn zur Weiterfahrt benutzen.

**Ein hiesiger Juwelier** ist durch einen gewissen K. um Goldwaaren im Betrage von 2000 M. beschmiedelt worden. Der Juwelier, der schon früher zu K. in Geschäftsbeziehungen gestanden, ließ sich bewegen, diesem Waaren in dem bezeichneten Betrage zum Zweck des Wiederverkaufs gegen Wechsel zu überlassen. Die Wechsel wurden nicht eingelöst und K. verschwand. Die Behörden haben festgestellt, daß K. eine Braut hatte, deren Mutter als Ladenhebin bekannt ist. Bei der Durchsuchung, welcher die Wohnung dieser Frau unterzogen wurde, ist nicht nur ein Theil der Sachen, die dem K. zu Handelszwecken überlassen worden waren, sondern sind auch Sachen gefunden worden, die aus dem Laden des Juweliers entwendet worden sind. Die Braut des K. und ihre Mutter sind verhaftet worden. Noch eine Ladenhebin ist in der Person eines 22jährigen Mädchens ermittelt worden, welches ebenfalls mit Gold- und Juweliergehäften zum Schauplatz ihrer Thätigkeit auferjah. Hier pflegte sie unter dem Vorwande, ein Besitztum für ihren Bruder kaufen zu wollen, Schmuckstücken mit Sportmenten sich vorlegen zu lassen, und es sind bei ihr eine Anzahl Sachen dieser Art gefunden worden, darunter eine anscheinend goldene Chateleine-Uhr mit einem Verloque, mit eingestricheltem Ritterkopf, eine mit Gold und Silber durchflochtene Chateleinekette, an welcher an dem einen Ende ein Verloque mit drei Würfeln, an dem anderen ein Verloque mit eingestricheltem Ritterkopf befestigt ist, und eine Chateleinekette, bestehend aus gelben und grauen Ringen mit einem silbernen Medaillon. Ferner sind bei der Diebin mehrere Fußnadeln vorgefunden worden. Die Eigentümer dieser Sachen können sich im Kriminalbureau des Polizeipräsidiums melden.

**„Das Börsenspiel“** — unter dieser Epithete theilt eine hiesige Korrespondenz folgenden Vorfall, allerdings ohne nähere Namensangabe der betreffenden Persönlichkeiten, mit:

Vor einigen Tagen theilte Herr J. seiner Gattin mit, daß er auf kurze Zeit einer Geschäftsangelegenheit wegen verreisen müsse, hielt es jedoch nicht für nöthig, das Ziel seiner Reise anzugeben. Schon am folgenden Tage erhielt die junge Frau von ihrem abwesenden Gatten einen aus München datirten Brief, in welchem derselbe schreibt, daß er ihren Namen in einem Wechsel auf 10 000 M. gefällig habe, und daß dieses Papier am nächsten Tage fällig sei, er habe das Geld gebraucht, um Börsenverluste zu decken, da er persönlich keinen Kredit mehr habe, es ihm aber peinlich gewesen sei, ihr von der Sachlage Mitteilung zu machen, so habe er ihre Unterschrift gefällig und eine ihr gehörige Hypothek verpfändet. Ferner fügte er hinzu, daß er die Schande nicht überleben würde, wenn das Geld nicht geschafft werden könnte. Die arme junge Frau war der Verzweiflung nahe. Sie besaß zwar außer der verpfändeten Hypothek noch ein kleines Vermögen, sie konnte dasselbe ab nur unter sehr schweren Opfern sofort flüssig machen. Gleichwohl entschloß sie sich für das letztere, und mit Hilfe ihres Bruders, dem sie das Geheimniß anvertraute, gelang es wirklich, am nächsten Tage das Papier einzulösen. Leider hatte sie jedoch in der Aufregung verabäumt, ihren Mann rechtzeitig von ihrem Entschlusse in Kenntniß zu setzen, und als sie mit dem gefälligen und eingelösten Wechsel nach München kam und sie das von ihrem Mann angegebene Hotel aufsuchte, erfuhr sie zu ihrem Schreck, daß letzterer zwei Stunden vorher, da keine Nachricht aus Berlin eingetroffen sei, abgereist wäre. So mußte die Frau unverrichteter Sache heimkehren und schwebt nun in fortwährendem schrecklicher Ungewißheit über das Schicksal ihres Mannes, der bereits seit acht Tagen nichts von sich hören ließ.

**Polizeibericht.** Am 11. d. Mts., Vormittags, brachte ein Mädchen einem Kaufmann in seiner Wohnung, Am Jülich, mittels Revolvers mehrere Schüsse in die Brust bei, so daß er schwer verletzt nach der Universitätsklinik gebracht werden mußte. Das Mädchen wurde verhaftet. — Am 13. d. M., Morgens, geriet der Rangirer Rau auf dem Bahnhof Altes-Bahnhof unter eine in der Fahrt befindliche Maschine und wurde durch den

Wälzlappen im Gesicht und am Arm verletzt. Er wurde nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht. — Vor dem Hause Georgenstraße 25 wurde Vormittags ein Arbeiter von den durchgehenden Pferden eines Geschäftswagens, die er auszubalancieren versuchte, zur Erde geschleudert und am Rücken so bedeutend verletzt, daß seine Ueberführung nach der Charite erforderlich wurde. — Im Sandwehrtanal, am Gartenweg, wurde Mittags die Leiche einer unbekannt, etwa 20jährigen Frauenperson angeschwemmt. — Am 14. d. M., Abends, geriet ein Kaufmann vor dem Hause Belle-Alliancestr. 24 beim Abfragen von dem Vorderraum eines in der Fahrt befindlichen Pferdebohnwagens mit dem Fuß unter die Räder und wurde so schwer verletzt, daß er nach dem Krankenhaus Am Urban gebracht werden mußte. — Am 18. und 14. d. M. fanden sieben kleine Brände statt.

## Theater.

**Im Thomas-Theater** fand am Sonnabend, den 18. Februar, eine Wiederholungs-Aufführung des Moser'schen Schwanke „Reis-Reislingen“ statt. Das Theater war sehr gut besucht und das anwesende Publikum amüsierte sich vortreflich. Da über diesen Schwanke schon früher berichtet, erübrigt sich nur, zu erwähnen, daß derselbe die beste Aufnahme gefunden. Vor allem ist der Träger der Titelrolle, Herr Kaiser-Reis-Reislingen, rühmlichst zu erwähnen. Er spielte seine freilich sehr dankbare Rolle „schneidig“. Von den Damen waren es zunächst Hlla „Silvöll“, Priska und Sybilla, welche ihre Rollen charakteristisch wiedergaben. Das Gleiche kann man von der Hötterstöchter Bertha — nicht behaupten. Fräulein Schiller beliebte aus der einfachen, bürgerlichen Hötterstöchter eine affektirte Gans zu gestalten. Das ist Bertha nicht. Von den Herren sind noch zu nennen: Kurt v. Folgen, der Apotheker Holmeister und sein Provisor, welche ihr Bestes zum Gelingen des Ganzen beitrugen. Der Schwanke hat Sonnabend sehr gefallen und auch die Sonntagsaufführung hatte einen durchschlagenden Erfolg. Hoffentlich wird das Stück eine Reihe von Vorstellungen erleben.

## Gerichts-Beilage.

**Dreizehn kleinere Betrugsfälle** wurden dem Rentenanwalt A. Ferdinand von Seehow zur Last gelegt, welcher sich dieserhalb gestern vor dem Schöffengericht des Amtsgerichts I zu verantworten hatte. Nebenher war er auch wegen Körperverletzung mittelst eines gefährlichen Werkzeugs angeklagt. Der im Jahre 1880 aus der preussischen Armee entlassene Angeklagte, welcher in Kopenhagen geboren ist, ist im Jahre 1882 in die österreichische Armee eingetreten und hat dieselbe mit dem Range eines Oberleutnants verlassen. Nach seiner Rückkehr nach Berlin führte er augenscheinlich nur ein kümmerliches Dasein, denn die Versuche, als Agent für Versicherungsgesellschaften seinen Lebensunterhalt zu erwerben, glückten nur zum Theil und er besaß sich wiederholt in Geldverlegenheiten, so daß er hier und da Darlehne aufnehmen mußte. Aus zahlreichen Anzeigen, welche über die Entnahme solcher Darlehne meist kleineren Betrages eingingen, glaubte der Staatsanwalt entnehmen zu sollen, daß es sich hier um ein systematisches Schädigen vertrauensvoller Personen handle und sie erhob deshalb die Betrugsanklage. Die Zeugen, die gestern als Darleiher vor Gericht auftraten, gehörten den verschiedensten Berufsberufen an. Da war der Hotelkellner, dem der Angeklagte das Essen nicht bezahlt hatte, der Oberkellner, der ihm 30 M. geliehen, der christlich-soziale Schriftsteller, dem sich der Angeklagte als Parteigenosse genähert, der Zeitungshändler, Schloffer, Dienstmann, Zigarrenhändler u. u. Mehr dieser Fälle schieden aber aus, denn durch die Vernehmung der betreffenden Zeugen, welche inzwischen Bezahlung erhalten haben, ergab sich, daß dieselben bei der Hingabe der Darlehne weniger auf die Versicherungen der baldigen Rückgabe und die angeblichen guten Aussichten desselben als darauf gegeben hatten, daß sie seine Familie kannten und wußten, daß er der Neffe des Reichstags-Präsidenten sei. In drei Fällen wurde ein Betrug aber für vorliegend erachtet. In dem einen Falle hatte er von dem Schriftsteller Duernwinter, dem er sich als Mitglied der christlich-sozialen Partei zu erkennen gab, 300 M. unter der falschen Vorspiegelung erhalten, daß er im Staube sei, die Summe binnen ganz kurzer Zeit zurückzugeben. Der zweite Fall betrifft das christliche Hospiz der inneren Mission, wo der Angeklagte seine Schwester einlogiert und dann für deren ungehinderte Ausrüstung gesorgt hatte, ohne selbst an Zahlung des Logis und der Verpflegung zu denken. In einem dritten Falle endlich hatte er einem Zeitungsvorläufer 50 M. abgeborgt und dabei die falsche Angabe gemacht, daß er bei einer Versicherungsanstalt angeheiratet sei und sein Gehalt erwarte. — Die Körperverletzung ist an einem Schneider Lindemann verübt worden, auf welchen der Angeklagte gleichfalls wegen einer Geldaffäre schlecht zu sprechen war. In einem Märchen, welches der Angeklagte erzählt haben will, hatte der Schneider eine Fälschung des Heilands erblickt und den Angeklagten gestagt: „Sind Sie denn ein Christ?“ Darüber geriet der Belehre in große Wuth, ergriff einen Stock mit Metallspitze und schlug damit den Schneider so heftig über den Kopf, daß derselbe 8 Tage arbeitsunfähig war. — Der Angeklagte machte darauf aufmerksam, daß er der Verfasser der Broschüre „Offene Worte an die österreichisch-ungarische Armee“ sei und ihm aus dieser Broschüre Einnahmen in Aussicht standen, der Gerichtshof stellte aber fest, daß der Angeklagte zur Zeit der drei als Betrügereien angesehenen Fälle völlig substanzlos gewesen sei. Der Staatsanwalt beantragte 3 Monate Gefängniß, der Gerichtshof billigte jedoch dem v. klagten mildernde Umstände zu und erkannte auf eine Gesamtstrafe von 270 M. Geldbuße event. 90 Tagen Gefängniß.

**Wegen Verleumdung des Armenkommissions-Vorstehers** Richow, Friedrichstraße 89, hatte sich am Sonnabend Genosse Engler vor der 128. Abtheilung des Schöffengerichts zu verantworten. Die Verleumdung sollte darin enthalten gewesen sein, daß der Angeklagte in einer freisinnigen Versammlung am 16. November v. J. behauptet hätte, der Armenkommissions-Vor-her habe einer 60 Jahre alten Frau, welche bei ihm um Unterstützung vorstellig geworden war, geantwortet: Das Arbeitshaus steht Ihnen offen, aber nicht das Hospital. Der als Zeuge vorgeladene Herr Richow giebt zu, diese Worte gebraucht zu haben. Er sei aber hierzu berechtigt gewesen, weil er über die Unterstützung fordernde Frau falsch berichtet worden sei. Der Vorstehende richtete an den weiteren Zeugen, Drechslermeister Schiller, wiederholt die Frage, ob der Angeklagte in verlehrender Weise von dem Armenvorsteher gesprochen habe. Das mußte der Zeuge verneinen. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 50 M. oder 10 Tage Gefängniß. Genosse Engler, welcher sich selbst vertheidigte, nahm für sich den § 108 in Anspruch, und seine Ausführungen hatten auch den Erfolg, daß er mit einer wesentlich geringeren Strafe davon kam. Nach längerer Verhandlung verkündete der Vorstehende das Urtheil dahin, daß der Angeklagte der Verleumdung für schuldig erkannt worden, aber nur mit 5 Mark Geldstrafe oder einem Tag Gefängniß zu bestrafen sei. Der Angeklagte sei ein mit rednerischem Talent ausgestatteter Mann und er hätte ganz besonders in Versammlungen seine Ausdrücke doppelt vorsichtig wählen müssen.

**Unter der Auflage des Weineides** und der Intrenz stand der Richter, Friedrich Roslowski vor dem Schöffengericht am Landgerichte I. Der Angeklagte hat ein armes, geschäft-



Aus Italien.

18. Februar 1892.

Unter allgemeiner Spannung des Publikums erscheint als Zeuge der Abgeordneten für Rom, Salvatore Barzilai. Er wurde bekanntlich am 1. Mai in einer Seitenstraße der Santa Croce von dem Offizier einer die Menge verfolgenden Kompanie, dem er sich vorher als Deputierter zu erkennen gegeben hatte, niedergeschlagen und mit Säbelhieben verwundet. Er stand in nächster Nähe der Rednertribüne und erklärte, die Rede Cipriani's sei milde gewesen, ganz und gar erfüllt von dem Bestreben, die Versammlung ihre Beschlüsse in Ruhe fassen zu lassen. Gleich nachdem darauf Valla einige Worte gesprochen, die ihn leidenschaftlich und heftig erschienen, erfolgte ein Schuß; er hörte einen squillo (Pfeif) der Karabinier und der Tumult begann. Ein Hauptmann der Polizeiwache, der ihn persönlich kannte, rief ihm, sich zu entfernen; er wurde dann von der sich drängenden Menge in eine Seitenstraße geschoben, wo seine Verwundung erfolgte. Den Studenten Körner kenne er nicht persönlich, doch habe er von vielen Freunden, die ihn kennen, nur Rühmliches über ihn gehört. Alle schildern ihn als einen aufopferungsvollen Idealisten, als einen sozialen Apostel mild gestimmt, durchaus nicht anarchistisch, so daß seine Festgenommene und sein Festgehaltenwerden in diesem Prozeß gar nicht recht zu verstehen sei, wenn man nicht fremde Einflüsse annehmen wolle. — Unter den folgenden Zeugen ist der wichtigste der Präsident der Volksversammlung vom 1. Mai, Garofalo. Er erklärt auf seinen Eid, daß er gesehen habe, wie der erste Revolverschuß von einem Polizei-Agenten in Zivil abgefeuert wurde. Ich schwöre hier, sagt der Zeuge, nach meinem bestimmten Wissen, es war ein Polizei-Agent in bürgerlicher Kleidung. Daß er dies war, erkannte ich an dem Revolver, den er in Händen trug, und der genau der gleiche war, welchen die anderen Polizeiwachen in Uniform tragen; und außerdem daran, daß er beim Losfeuern nicht etwa auf die Polizei, sondern auf die dichtgedrängten Arbeiter zielte.

Präsident: Wie hoch schätzen Sie die Zahl der in der Volksversammlung Anwesenden?

Zeuge: Auf 7 bis 8000.

Präsident: Waren Sie Augenzeuge von der Verwundung des Volsi?

Zeuge: Ja, ich sah vor mir einen Mann fallen, und es wurde mir gesagt, sein Name sei Volsi. Herr Präsident, dies war ja das Opfer des ersten Schusses. Der Mann fiel auf den Revolverschuss, den ich von dem Polizei-Agenten in Zivil abfeuern sah.

Die Verteidiger bewirken, daß diese wichtige Aussage, welche der Zeuge genau und bestimmt wiederholt, im Wortlaut aufgenommen werde. — Auf den Wunsch der Verteidigung bestätigt Zeuge, daß in der Vorversammlung des Mai-Komitees vom 19. April Cipriani in einer Rede die Hoffnung und den Wunsch aussprach, daß die Demonstration ruhig und würdig verlaufen werde.

Das Erscheinen des Polizei-Agenten Volsi als Zeugen, dessen durch dessen verlesenerische Aussagen in der ersten Auflage des Prozesses im Oktober die Erregung und der Streit zwischen Verteidigung und Präsidenten sich erhob, infolge dessen der Prozeß abgebrochen wurde, erregt allgemeine Aufmerksamkeiten.

Der Zeuge erklärt: Die eigentliche Organisation der früher ganz unzusammenhängenden Gruppen von Anarchisten in Rom begann erst nach dem Kongreß zu Capolago, an welchem von den Verhafteten Gnocchetti und Cipriani Theil genommen hatten. In der von mir angeführten Liste derjenigen, welche an den anarchistischen Gruppensammlungen Theil nahmen, gehören 55 der hier Angeklagten.

Präsident: Wissen Sie es aus eigener Kenntnis, daß diese 55 Personen zu den anarchistischen Gruppen gehören?

Zeuge Volsi: Theils aus eigener Kenntnis, theils durch die Erkundigungen meiner geheimen Agenten.

Cipriani: Wer sind diese Agenten? Deshalb werden sie nicht als Zeugen vorgeladen? Da hierauf keine Antwort erfolgt, bittet der Verteidiger Camerini um Wort. Er weist auf die geistlichen Bestimmungen des neuen Strafrechts hin, in welchen es ausdrücklich heißt, daß nur in dem Falle Namen wie hier die der geheimen Agenten nicht genannt zu werden brauchen, wenn die behaupteten Thatsachen anderweitig vollständig klar und erhärtet erscheinen; daß aber hier, wo gerade die Beweishaltung der Thatsachen sich eben nur auf die Angaben jener geheimen Agenten stützt, ihre Namen unbedingt zu nennen und sie selbst als Zeugen vorzuführen seien.

Nachdem noch die Verteidiger Praga und Martini sich dieser Forderung entschieden angeschlossen, der öffentliche Ankläger aber sie bekämpft und zurückgewiesen, zieht sich der Gerichtshof zur Beratung zurück und theilt nach einer halben Stunde den Beschluß mit, der Zeuge Volsi sei nicht gehalten, die Namen seiner Vertrauensmänner zu nennen.

Auf Befragen der Verteidigung muß Zeuge zugeben, daß er unter seiner Liste der Anarchisten zu Rom auch diejenigen aufgenommen, die in der vorigen Sitzung als Geheimagenten der Polizei und Regierung festgesetzt wurden, und daß er sie persönlich kenne. Von ihrer Eigenschaft als Geheimagenten erklärt er keine Kenntnis gehabt zu haben. Bei dieser Befragung wird durch den Advokaten Volsini festgestellt, daß der berühmteste in der Liste als wührender Anarchist angegebene Archirio Mezzetti am Tage der Verhaftung mehrerer Angeklagten, am 2. Mai, auf der Quai unter den Beamten sich befunden habe. — In der folgenden Sitzung vom 12. Februar wird der Zeuge Volsi vom Advokaten Volsini gefragt, ob er Kenntnis von dem Wesen und der Bedeutung des Anarchismus besitze.

Zeuge erwidert, er habe einige anarchistische Schriften gelesen, im Uebrigen könne er keine Kenntnis von den Verhandlungen und Beschlüssen des Kongresses zu Capolago. Außerdem habe er die Frage nicht. (Weiterkeit.) Zeuge fährt fort: Ich weiß aber, daß mehrere der hier Angeklagten nach dem Kongreß zu Capolago ihr früheres Arbeitsgewerbe verlassen, um sich ganz der Agitation für den Anarchismus widmen, dessen Hauptzweck nach Allen, was der Öffentlichkeit widmen, nach ihren Kongressen bekannt ist, nichts anderes sein kann als Fehlschlag und offene Plünderung. Auch der private und geheime Diebstahl wird von den Anarchisten nicht verworfen, wie denn auch die Abschaffung der Familie ausdrücklich auf ihrem Programm steht.

Nach diesen Worten erhebt sich — wie im Oktober beim Abschluß des Prozesses — Tumult und heftiger Widerspruch von Seiten der Angeklagten aus dem Riß, wie von der Verteidigung. Der Präsident ermahnt zur Ruhe und erklärt, daß in 10 Artikeln einer kleinen Schrift, verfaßt von dem Anarchisten Malatesta, Ideen vorgeführt werden, die von der Aussage des Zeugen nicht viel abweichen.

Der Verteidiger Volsini erhält schließlich das Wort und hebt erregt hervor, wie der Agent Volsi selbst erklärt habe, seine Hauptkenntnis vom Anarchismus stütze sich auf den Kongreß zu Capolago, er fordere ihn auf, aus den Verhandlungen und

Beschlüssen dieses Kongresses seine veränderliche Behauptung zu erweisen, daß die Anarchisten den Diebstahl in ihr Programm aufnehmen. Auf die neu ausbrechende und sich steigende Erregung verlangt der Staatsanwalt, daß die Angeklagten sämtlich aus dem Saale entfernt würden; doch gelingt es dem Präsidenten, nochmals die Ruhe wieder herzustellen. Ein neuer Zwischenfall erfolgt bei der Feststellung der Thatsache, in welcher Weise bei Beschlagnahme der Schriften und Briefe der Angeklagten, in erster Linie hier des Studenten Körner, von den Polizeibeamten verfahren sei. Der Haupt-Polizeibeamte bei dieser Beschlagnahme war eben der Zeuge Volsi, und er erklärt zuerst, auf die Frage des Verteidigers Mazza: die Schriften wurden in Körner's Gegenwart verpackt.

Student Körner: Das ist eine Unwahrheit; keine einzige der beschlagnahmten Schriften und Briefe wurde in meiner Gegenwart verpackt.

Herr Volsi: Dann wurden sie verpackt, als ich die Schriften zum Untersuchungsrichter schickte.

Der Verteidiger Mazza stellt fest, daß hierdurch in größter Weise die Gesetzesvorschriften der Artikel 145 und 151 des Strafgesetzbuchs, welche von der Voruntersuchung handeln, verletzt wurden. Die Schriften sind ohne Gegenwart eines Zeugen verpackt, aber auch später vom Richter selbst ohne einen Zeugen und nicht in Gegenwart des Angeklagten, wie es das Gesetz vorschreibt, entsiegelt worden. Körner habe somit gar keine Sicherheit dafür, ob die jetzt als Anklagematerial dienenden Schriften bei ihm beschlagnahmt seien. Er bestreite wegen dieser Beschlagnahme auf einen Beschluß des Gerichtshofes, die Anklage gegen Körner für nichtig zu erklären.

Der Staatsanwalt widerspricht heftig einem solchen Antrag; es sei höchstens eine Unregelmäßigkeit vorgekommen, welche keineswegs die Nichtigkeit des Verfahrens bedinge.

Der Gerichtshof zieht sich zurück und verhandelt noch zwanzig Minuten den Beschluß, wonach das Verfahren auch gegen Körner fortzusetzen sei, das Gericht sich aber das Urtheil über die Unregelmäßigkeit bei der Beschlagnahme bei dem Endurtheil des Prozesses vorbehalte.

Parteinachrichten.

Der Erlaß des Herzogs Georg zu Sachsen und das Urtheil der sozialdemokratischen Presse.

„Norddeutsches Volksblatt“ (zu den Verhandlungen in der Budgetkommission des Reichstags): Es ist ein tendenziöser Angriff schlimmer Art, als Ursache der Verrohung militärischer Vorgesetzter Mangel an „christlicher Erziehung“ angegeben. Nein, die Ursache liegt im System, welches den Gewaltmißbrauch möglich macht, weil es die Aufgabe der Selbstständigkeit des im Heere dienenden jungen Staatsbürgers zur Voraussetzung hat. Mit Recht hat der „Vorwärts“ in einer Besprechung der Aktenstücke bemerkt, daß wir in der Armer den rückwärtslosesten, konsequentesten Absolutismus haben. Jeder Unteroffizier ist für den unter ihm Stehenden ein Selbstherrscher, der seinen Willen als oberstes Gesetz hinstellt und ihm Gehorsam erzwingt. Demselben ist es, wenn die Konservativen diese Thatsache, in welcher die wahre Ursache des Gewaltmißbrauchs militärischer Vorgesetzter wurzelt, bemängeln wollen, indem sie besteuertend rufen: „Der Mangel an religiöser Erziehung ist schuld!“ Zweck dieser Heuchelei ist, die kirchliche Autorität zu stärken. . . . Nicht im Namen des theologischen Christenthums, sondern im Namen der Humanität, die von der Theologie noch nicht profitirt hat, fordert die deutsche Nation die Befreiung der geschilderten Schenkslichkeiten und Garantien gegen den Mißbrauch der militärischen Gewalt durch Aenderung des Systems. Unsere Söhne, unsere Brüder, unsere ganze männliche Jugend ist's, die wir schätzen müssen, bei Erfüllung ihrer Dienstpflicht disziplinarisch maltätirt zu werden. Daß die Militärbehörden die beste Absicht haben, die Soldaten-schänderien unmöglich zu machen, ist nicht zweifelhaft. Aber gründlich helfen kann dagegen nur eine einschneidende Reform des militärischen Systems. Sehr heilsam würde es sein, dem Soldaten das Recht des Widerstandes gegen thätliche Mißhandlungen seitens der Vorgesetzten einzuräumen. Im bürgerlichen Leben gilt dieses Recht, weshalb sollte es keine Geltung haben können in der militärischen Disziplin? Erst kommt der Mensch, der Staatsbürger, und dann der Soldat. Es darf nicht zulässig sein, daß der militärischen Disziplin von gewissenlosen, brutalen Vorgesetzten die Gebote des menschlichen Rechts und der Humanität aufgeopfert werden. Wenn Etwas geschehen ist, die Disziplin zu erschüttern, sie unter Umständen unzulässig zu machen, so dieses Selbständigkeits des Soldaten ist mit der Disziplin sehr wohl vereinbar; ja, die wahre Disziplin setzt, nach unserer Ueberzeugung, diese Selbstständigkeit geradezu voraus.

Ueber den Streit und seine Voraussetzungen schreibt die „Reitung deutscher Bergleute“:

„Jeder, auch der Aueingeweihte wird von vorneherein zugeben müssen, daß eine Arbeitseinstellung in einer Zeit, wo nichts zu thun ist, wo — wie gegenwärtig — Arbeitseinstellungen in gewaltigen Umständen an der Tagesordnung sind, von Anfang an verfehlt ist. Ja, jeder wird einsehen, daß unter den heutigen Verhältnissen zu streiken, Bahnhöfe wäre. Hieraus wird sich aber zugleich mit Gewißheit ergeben, daß der Erfolg eines Streikes der flotten Geschäftsgang gesicherter erscheint. Die flotte Geschäftigkeit ist ohnehin kenntlich. Fabriken, industrielle Unternehmungen und Gründungen aller Art, sowie Arbeitsgelegenheiten allenthalben zeigen sie an, während die zahlreiche Literatur, die der modernen Arbeiterbewegung zur Verfügung steht und die gewerkschaftlichen Blätter den Gang der heutigen Wirtschaftskondition erläutern und sie auf das Aus und Ab der kapitalistischen Ära hindeuten. Benutzt der Bergmann in seiner ruhiger Zeit die ihm sich bietenden Bildungsmittel, was er auch in Gemeinschaft mit seinen Kameraden ohne Aufwand größerer Geldmittel kann, so wird er sehr bald kritische und günstige Geschäftskonditionen von einander unterscheiden lernen, er wird ihren abwechselnden Verlauf verfolgen und erst dann zu einer Lohnbewegung rathen, wenn viel zu thun, d. h. die Konjunktur günstig ist. Ob bei dieser Lohnbewegung wirklich eine Arbeitseinstellung notwendig wird, fraglich erscheinen, denn einer kräftigen Organisation gegenüber, die mit gefüllten Kassen und mit zuverlässigen und gelobten Mitgliedern rechnen kann, wird der Kapitalist in einer Zeit, wo seine Profiteure so wie so größer sind, nicht so geizig widerstehen können und wollen. So wird bei kräftiger Organisation und guter Taktik, für die sich in großen Zügen keine allgemeine Normen aufstellen lassen, das zweifelhafte Schwert, der Streik, oftmals aus der Hand gelegt werden können, und wenn es unumgänglich notwendig, zum Nutzen der Arbeiter Verwertung finden. Bis dahin aber bedarf es erster und friedlicher, gewissenhafter und andauernder Werke und Aufklärungsarbeit nicht nur des Einzelnen, sondern aller Gewerkschaftsmitglieder. Bis dahin ist es durchaus notwendig, von jeder Lohnbewegung und vor allen Dingen von der zweifelhafte Waffe des Streikes Abstand zu nehmen;

denn gerade in diesen Fällen würde eine Schmeide uns selbst treffen und die Nachstellung des Unternehmertums sich dadurch festigen. Darum kann nicht oft genug als beherzigenswerthe Mahnung herorgehoben werden: **Aktion! tätet Euch vor Streiks!**

Den Blättern, welche gegen die Bergleute behagen, können diese Ausführungen des Bergarbeiter-Organs zur Beherzigung nur empfohlen werden.

Eine gerechte Vertheilung der Steuern wird, nach der Meinung des Abg. Jörn von Bulach, die derselbe im elsäss-lothringischen Landesparlament äußerte, die „drohende Gefahr des Sozialismus abwenden“. Nach Einführung der Besteuerung des mobilen Kapitals, der Einkommensteuer, wird es sich zeigen, daß bis jetzt unbekannte reiche Geldmittel im Lande sind, wie es sich in Preußen gezeigt hat, daß eine Anzahl von Millionen vorhanden ist, von denen man bisher keine Ahnung hatte. — Die erwähnte Hoffnung des Herrn v. Bulach wird sich nicht erfüllen. Ob gerechte oder ungerechte Vertheilung der Steuern beliebt wird, das ändert am organischen Entwicklungswege der Produktionsweise nichts, und diese Entwicklung bringt eben die sozialistische Produktion. Der Sozialismus ist keine Gefahr, sondern eine Erlösung vom Weltübel Privateigentum, bei welcher letzterem die Ungeheuerlichkeit möglich ist, daß Millionen zu den öffentlichen Lasten nicht mehr beitragen, als die Nicht-Reichen.

Vor den sogenannten unparteiischen Tageszeitungen, welche hier und da von ausgeperrten Buchdruckern ins Leben zu rufen versucht werden, warnt die Parteipresse mit Recht alle Arbeiter. Selbst erst im Klassenkampf unterlegen, ziemt es sich für die betreffenden Buchdrucker um so weniger, durch ersehnte Neutralität sich eine Bourgeois-Existenz zu gründen. Für oder wider die neue, sozialdemokratische Weltanschauung, das und keine andere ist heute die Parole. Neutralität beobachten wollen, kann nur mit gemeinem Schwindel endigen.

Das Buch Vebel's: Die Frau und der Sozialismus, welches offen für die schamloseste Unsitlichkeit Propaganda macht — diese schuftige Bage steht in Nr. 2859 des „Berliner Anzeigenblattes“, das noch dazu Amtsblatt ist.

Wie unzuverlässig die Nachrichten der bürgerlichen Presse über die Verhaftungen von „Revolutionären“ sind, ergibt sich aus folgenden beiden Mittheilungen der freisinnigen „Thorner ostdeutschen Zeitung“, welche dieses Blatt in einer und derselben Nummer (vom 11. Februar) brachte:

Musikant. In dem Grenzorte Dombrowa an der Warschau-Wiener Eisenbahn wurden am Montag 6 Personen verhaftet, bei denen sich sozialistische und revolutionäre Schriften befanden. Die Verhafteten wurden gefesselt nach der Gouvernementshauptstadt Petrikau transportirt.

Provinzielles. In Nowarazlaw, 8. Februar. (Verhaftung von Anarchisten.) Weiter (also Sonntag, N. d. V.) sind in Dombrowka an der deutsch-russischen Grenze sieben Anarchisten verhaftet und verschiedene bei ihnen vorgefundene revolutionäre Schriften beschlagnahmt worden. Die Verhafteten wurden durch Gendarmen nach Warschau transportirt.

Die Revision des Reichstags-Abgeordneten Albert Schmidt-Rittweide in Sachen der Immunität kommt am 25. Februar vorm Reichsgericht zur Verhandlung.

Die Parteigenossen in Tropolowij (Kreis Leobschütz) beabsichtigen einen sozialdemokratischen Verein für Tropolowij und Umgegend zu errichten, um in jenem von Dunkelmännern und Muckern beherrschten und daher stockfinstern Erdennickel etwas Licht zu schaffen und hierdurch unserer Partei immer mehr neue Anhänger zuzuführen. Da sie aber leider nicht die erforderlichen Mittel haben, um eine Bibliothek anlegen zu können, und Geldopfer der Arbeiter jener armen Gegend nicht zugemutht werden können, so ersuchen sie die anständigen Genossen, sie durch Ueberlassung von Büchern und event. durch Geldbeträge in ihrem Vorhaben zu unterstützen. Einige Sendungen sind an den Ueber Joseph Reugebauer in Tropolowij (Kreis Leobschütz) zu richten.

Ein Arbeiterverein, der bereits 30 Mitglieder zählt, ist in Wittenberge von Anhängern unserer Partei gegründet worden.

Die Chemnitzer Sozialdemokraten, deren Wahlverein jüngst aufgelöst wurde, haben einen „Sozialdemokratischen Verein für Chemnitz und Umgegend“ errichtet, dessen Zweck die allseitige Vertretung der Interessen der Sozialdemokratie ist und dies erreichen will durch Veranstaltung von Vorträgen und Diskussionen, Einführung von Unterrichtskursen, Pflege der Kunst, Beteiligung an allen Wahlen, Veranstaltung volkstümlicher Feste und Unterhaltungen.

Der Münchener Agitationsverein für Südbayern beschloß in seiner Sitzung vom 12. Februar, im Monat März eine Generalversammlung einzuberufen, welcher als einziger Punkt die Auflösung des Vereins vorgelegt wird. Veranstaltung zu diesem Beschluß gab das Bestreben, die Leitung der sozialdemokratischen Agitation durch die Parteigenossen Südbayerns selbst wählen zu lassen, welchem sie dann auch für ihr Thun und Lassen verantwortlich ist.

Wibel (Wahlkreis Friedberg-Wüdingen). Unter überaus großem Andrang referirte hier Genosse Hoch aus Frankfurt über das Thema: „Weshalb geht es und so schlecht und wie verbessern wir unsere Lage?“ An der großen Betheiligung sah man recht deutlich das Interesse der Bevölkerung für unsere Sache und werden die treffenden Ausführungen des Referenten für die Organisation und Agitation wohl von nachhaltiger Wirkung sein. Das geschickte zusammengestellte Material: Soldatenmißhandlungen, Einkommensstatistik, Minge und Kartelle, Stempelschälungen und Schienenklüderien und die Neu-Verhandlung wird jedem Hörer die Ueberzeugung beigebracht haben, daß nur die Sozialdemokratie im Stande ist, den Gesellschaftskübeln ein Ende zu machen. Nachdem noch Genosse Bauscher aus Bergen (Wahlkreis Hanau-Gelnhausen-Orb) zum Vertrauensmann für diesen Ort bestimmt worden, schloß der Vorsitzende, Genosse Schmidt aus Friedberg, die Versammlung.

Die Konferenz zur Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratie findet am 20. und 21. Februar im Restaurant Valere zu Zwittau statt.

Der neue Erzbischof von Breslau, v. Stabroky, hat einen Hirtenbrief erlassen, in welchem er u. A. heißt: Unter verschiedenen Gestalten zieht auch schon vom Westen und Osten der Sozialismus ein. Schon suchen seine Boten die

leichtgläubigen Massen in ihre Reize einzufangen, indem sie die Genußsucht durch übertriebene Hoffnungen schwärmerisch reizen und zugleich Haß gegen diejenigen schüren, welche von Gott mit irdischen Gütern gesegnet sind. Es ist tief betrübend, daß die Apostel des Umsturzes es selbst wagen, den Glauben als das vermeintliche Hinderniß des irdischen Glückes zu untergraben.

Ist es aber nicht gerade unser heiliger Glaube, der jeden Menschen unseren Bruder nennt und ihm das Recht auf unsere Liebe giebt? Verlangt nicht gerade der Glaube, daß die Liebe sich in Werken offenbare, daß sie sich den verschiedenen Verhältnissen des Nächsten anpasse und veredele? Und ist nicht dieses das einzige Mittel, der sozialen Gefahr vorzubeugen, wozu uns Christus der Herr mit so vielen, so inbrünstigen und herzlichen Worten ermuntert? Christus der Herr hat das Feuer der Nächstenliebe vom Himmel gebracht, daß es die Herzen entflamme. „Ich bin gekommen, sagt er, Feuer auf die Erde zu senden, und was will ich anders, als daß es brenne.“ (Luc. 12, 48.) An diesem Brennpunkte sollen sich die Herzen aller Leidenden und Bedürftigen entzünden und erwärmen. Christus der Herr heiligt den Begriff des Eigentums durch die Pflichten, die er demselben auferlegt, indem er andererseits die Arbeit durch Sein Beispiel ehrt und heiligt, und denen, die arbeiten, neben dem zeitlichen Lohne das ewige Heil verspricht. Während Christus alle, welche mühselig und beladen sind“ (Matth. 11, 28) an Sein Herz drückt, dankt dafür der Umsturz mit Haß gegen Ihn und Seine Kirche.

Gleichzeitig dringt in die Welt die stetig wachsende Verachtung alles dessen, was Christus von den Pflichten gegenüber der weltlichen Obrigkeit lehrt. Immer häufiger rütteln falsche Propheten an den Grundfesten des gesammten Staatswesens und der Autorität auf Erden, um die bestehende Ordnung, Sicherheit und ruhige Entwicklung der menschlichen Gesellschaft zu zerschüttern.

Der Herr Erzbischof braucht doch nicht vor den Sendboten der Sozialdemokratie zu zittern. Da die Kirche so viele Jahrhunderte in Werken bewiesen hat, wie sie das Eigentum heiligt, so daß jeder Kapitalist als Wohltäter der Arbeiter anzusehen, finden die sozialdemokratischen Apokalyptiker unter der von der Kirche begünstigten Bevölkerung des gegenseitigen Schließens, das Elend und Noth nicht kennt, doch gewiß keinen Boden. Der Herr Erzbischof spottet seiner selbst und weiß nicht wie.

#### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

In Trier stand kürzlich Genosse Braun, der frühere Redakteur von „Schlägel und Eisen“, vor den Schranken des Schöffengerichts unter der Anklage, den Landtags-Abgeordneten Kaplan Dabach in Trier durch ein Schreiben vom 26. Oktober, worin Braun dem Kaplan Dabach in sieben Fällen Unterstüßung sittenloser Frauenpersonen, profitwüthige Ausbeutung seiner Untergebenen und die Verletzung des Beichtgeheimnisses zum Vorwurf machte, und durch einen Artikel in „Schlägel und Eisen“ vom 31. Oktober, worin von Dabach wegen gewisser „Verhältnisse“ die Niederlegung seines Landtags-Mandats und vollständige Zurückziehung vom politischen Leben gefordert war, beleidigt zu haben. Dieser Tage wurde das Urtheil verkündigt. Es lautete gegen Braun auf 300 Mark Geldstrafe.

Der Redakteur Hülle in Erfurt soll laut amtsgewärtlichem Strafbefehl 15 M. bezahlen, weil er die gegen die Firma Reichmann gerichtete Boykott-Erklärung der Erfurter Sozialdemokraten in die „Thüringer Tribüne“ und den „Sonnenberger Volksfreund“ aufgenommen hat. Dadurch soll er das Publikum eingeschüchert, in der Freiheit seiner Entschlüsse beeinträchtigt, somit die öffentliche Ordnung, in welcher sich der Verkehr des Publikums bewegt, gestört, das Publikum selbst ungebührlich belästigt und hierdurch groben Unfug verübt haben. Diese Definition ist für Erfurt nicht neu.

In Sonneberg wurden vom Schöffengericht der Sattler Emil Weigelin und der vormalige Redakteur August

Burkhardt vom „Thüringer Volksfreund“ wegen öffentlicher Beleidigung einer Diakonissin aus dem Kreiskrankenhause zu Bettelhausen, ersterer als Urheber zu 10 Wochen, letzterer als Mithäter zu 7 Wochen Gefängnis verurtheilt. Weigelin, welcher sich seit 25. Januar in Untersuchungshaft befindet, von der ihm nichts zu Gute gerechnet wurde, trat die Strafe sofort an. Burkhardt legte Berufung ein.

Der Redakteur Duden von dem in Bant erscheinenden „Norddeutschen Volksblatt“ wurde vom Oldenburger Landgericht als Berufungsinstantz wegen Beleidigung der Wilhelmshavener Reichsanwaltschaft zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt. Das Amtsgericht zu Jever hatte auf 4 Wochen Gefängnis erkannt.

In Düsseldorf wurden die Vorstandsmitglieder Ludwig Schmitt, Carl Straußmann und Ludwig Kimmel vom dortigen Wahlverein seitens des Landgerichts als Berufungsinstantz zu je 15 M. Geldstrafe event. 3 Tagen Haft verurtheilt, weil sie gelegentlich eines Ausflugs am 16. August v. J. den Zug der Teilnehmer zwar der Düsseldorf Behörde angemeldet hatten, derselbe sich auch an der Grenze Düsseldorf aufhörte, sie aber nicht verhinderten, daß von einem Lagerorte im Walde aus und zwar im Gebiete der Gerresheimer Behörde nach Ansicht der letzteren die Ausflügler zugmäßig marschirten.

Das Samberger Schöffengericht hat in einer Anklage gegen den zweiten Vorsitzenden des dortigen sozialdemokratischen Wahlvereins erlannt, daß an allen öffentlichen Versammlungen, seien sie politische oder nicht, Frauen theilnehmen dürfen, und daß letztere auch zu Vereinsversammlungen Zutritt haben, sofern die Sitzung sich nicht mit politischen Diskussionen befaßt.

In Altenwärdener ist der Sozialdemokratische Wahlverein vom Landratsamt vorläufig geschlossen worden, weil er angeblich einen Lehrling als Mitglied aufgenommen haben soll. Ob dies den Thatfachen entspricht, wird die eingelegte Beschwerde ergeben.

Rein feinsten  
fein Handeln  
sondern streng  
feine, sehr  
billige Preise.

# Baer Sohn BERLIN.

24a, Chausseestr. 24a. 8, Brückenstr. 8.  
16, Gr. Frankfurterstr. 16.

## Frühjahrs-Neuheiten.

Einsiegnungs-Anzüge		
in dunklen Mustern 10 M.	blau Ripsgarn 15 M.	elegantes Kammgarn 20 M.
<b>Werktag-Anzug</b> dunkel farbig praktisch, strapaziren 10 M.	<b>Werktag-Brinkleid</b> Kammgarn-Imitation enorme Muster-Ausw. 2 M. 75 Pf.	<b>Frühjahrs-Paletot</b> Diagonal in schönen Farben, enorm billig 12 M.
<b>Frühjahrs-Anzüge</b> mod., hochfeine Muster 30, 25, 20, 17 14 M.	<b>Frühj.-Brinkleider</b> unibetr. Muster-Ausw. 9,50, 7,50, 6,50, 4 M. 25 Pf.	<b>Frühjahrs-Paletot</b> Satinierte Strichwaare in neuesten Farben 20 M.
<b>Cheviot-Anzug</b> zweireihig mit Spiegel, hochlegant, Haupt-Ang. der Saison 28 M. 50 Pf.	<b>Kammg.-Brinkleider</b> neueste Errungenschaften der Saison 15,50, 12,—, 9,50, 6 M. 50 Pf.	<b>Frühjahrs-Paletot</b> allerneuester Kammgarn- Satin in modernsten Farben 35 M.
<b>Kammgarn-Anzüge</b> neueste Errungenschaften d. Saison. (48, 40, 36, 30) 28 M. 50 Pf.	<b>Engl. Leder-Hosen</b> nur beste Erzeugnisse 8,50, 7,—, 4,50, 3,—, 2 M. 25 Pf.	<b>Frühjahrs-Mäntel</b> Engl. Mäntel mit lang. Hägen und Pelzlinie 21 M. u. 25 M.
<b>Gehrock-Anzug</b> hoch, schwarz, Kammg., zweireihig, lang, Hägen. 40 M.	<b>Arbeits-Jaquets,</b> Arbeits-Westen, -Hosen, -Blusen, -Hemden für alle Gewerkschaften.	<b>Knaben-Anzüge</b> in Tritot und Buckskin 11—8—6—4 2 M. 80 Pf.

## Herren- u. Knaben- Bekleidung.

Map-Anfertigung  
in drei eigenen  
Werkstätten  
zu sehr billigen  
Preisen.

Map-Anfertigung  
unter  
Leitung erster  
Meister  
zu sehr billigen  
Preisen.

Jeder Preis  
ist mit Zahlen  
an den  
Waaren aus-  
gezeichnet.

Eigene Werkstätten

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt  
Berlin SW., Beuthstraße 2.

**Heft 12**

der  
**Reden und Schriften Ferd. Lassalle's**  
kommt am  
**Mittwoch, den 17. Februar**  
zur Ausgabe.

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Zeitungs- und  
Kopierereien entgegen.

**Verkauf.**

In einer verkehrreichen Industrie-  
Stadt Thüringens (Kurort) ist ein 1887  
neu und massiv gebautes Haus mit  
Garten, direkt am Bahnhof gelegen,  
in welchem seit Erbauung ein ff.  
Restaurant flott betrieben wird (monat-  
licher Bierumsatz 80—90 Hektoliter)  
Umstandeshalber für 17 000 Thlr. bei  
5000 Thlr. Anzahlung mit sämtlichem  
Restaurations-Inventar, als 2 franz.  
Billards, Büffet, Tische, Stühle u. s. w.,  
a. d. Gas- und Wasserleitung, aus  
freier Hand zu verkaufen. Dasselbe  
eignet sich sehr gut zu einem Hotel.  
Vermittler verbeten. Off. Nr.  
unter A. B. 1448 an die Exped. d. Bl.

Empfehle mein Geschäft in frischen  
Blumen und Kränzen. 533 L.

**Robert Meyer,**  
Nr. 2, Mariannenstraße Nr. 2.  
NB. Um häufigen Irrthum zu ver-  
meiden, bitte ich meine Freunde und  
Genossen, genau auf meine Adresse zu  
achten.

**Kinder-Garderobe**  
für Knaben und Mädchen vom  
zartesten Alter bis zum 18. Jahre  
vom Einfachsten bis zum Ge-  
samtesten empfiehlt zu sehr bill.  
aber festen Preisen 1993L

**Moritz Meyerstein,**  
45, Rosenthalerstr. 45,  
neben der rothen Apotheke.

**Sarg-Magazin**  
und Beerdigungs-Komtoir  
1699L **Julius Kosin,**  
66 Georgenkirchstraße 66.

**Sophabezüge!**

1852L

Reise in Rips, Damast, Granit,  
Plüsch u. bunt. Stoff, spottbillig.  
Emil Lefèvre, Oranienstr. 158.  
Proben franko!

Für Fraiserien passend zu verkaufen  
1 Welle, Fraiseköpfe, Ringe, Riemen,  
Niemenschreiben, Metall-Bohrer, Selbst-  
bohrer etc. bei Reichelt, Brixnerstr. 19.

Eine Gd-Desfinition in der Nähe  
der Boerwischen Gewerkschaft sofort zu  
verkaufen. Näheres bei: Pfäner,  
Dresde- u. Wilsnackerstr. 64a. 1453b

**Passend für Anfänger!**  
Schaukasten (Vereinss., Bahnhofs),  
wegen Verzugs nach außerhalb für  
1000 M. zu verkaufen. Monatlich  
20 h. To. Weibler. Riethe 1200 M.  
Oberwasserstr. 12 (am Spittelmarkt).

**Rechts-Bureau** des Königs-  
richters a. D., Alte Jakobstrasse 130.  
Gewissenhafter Rath, Hilfe in allen  
Angelegenh. Unbemittelten unentgelt-  
lich. Sonntags bis 4 Uhr. 1356L

**Betten** — Theilabzug P. R. Rotzloff  
Wettstedern-Spezialgeschäft.  
Brückenstr. 5 (Jannowitzbrücke). 1887L

Verlag des „Vorwärts“  
Berliner Volksblatt  
Berlin SW., Beuthstraße No. 2.

Wir haben noch folgende

**Reden und Schriften  
Ferdinand Lassalle's**

in Einzelausgaben am Lager:

**Ferdinand Lassalle, Affisen-Rede** vor den Geschworenen  
zu Düsseldorf am 3. Mai 1849 gegen die Anklage: Die Bürger  
zur Bewaffnung gegen die königliche Gewalt aufgereizt zu  
haben. 62 Seiten. Preis 25 Pf.

Die Philosophie Fichte's und die Bedeutung des  
deutschen Volksgeistes. Festrede, gehalten bei der am 19. Mai  
1892 von der Philosophischen Gesellschaft und dem Wissen-  
schaftlichen Kunstvereine in dem Arnim'schen Saale veranstalteten  
Fichtefeier. 28 Seiten. Preis 10 Pf.

Ueber Verfassungswesen. Ein Vortrag, gehalten  
in einem Berliner Bürger-Verein. Was nun? Zweiter  
Vortrag über Verfassungswesen. Macht und Recht. Offenes  
Gendtschreiben. 56 Seiten. Preis 15 Pf.

Arbeiterprogramm. Ueber den besonderen Zusammen-  
hang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des  
Arbeiterstandes. 31 Seiten. Preis 15 Pf.

Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee  
zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Kongresses  
zu Leipzig. 32 Seiten. Preis 10 Pf.

Zur Arbeiterfrage. Rede bei der am 16. April 1893  
in Leipzig abgehaltenen Arbeiter-Versammlung. Nebst Briefen  
der Herren Prof. Buttko und Dr. Lothar Bucher. 24 Seiten.  
Preis 10 Pf.

Arbeiterlesebuch. Rede, gehalten zu Frankfurt a. M.,  
am 17. u. 19. Mai 1863. 63 Seiten. Preis 25 Pf.

Rede vor der korrekturellen Appellkammer zu Düssel-  
dorf am 27. Juni 1894. 24 Seiten. Preis 10 Pf.

Kleine Aufsätze. I. Die französischen Nationalwert-  
stätten von 1848. II. Antwort an Herrn Professor Rau.  
III. Lassalle und die Statistik von W. Wadernagel. IV. Herr  
Wadernagel oder der moderne Heroskratus. V. Erwiderung  
auf eine Rezension der „Kreuzzeitung“.

Herr Julian Schmidt, der Literaturhistoriker. Mit  
Seher-Scholien herausgegeben. 4. Auflage. 106 Seiten. Preis  
50 Pf.

Herr Sakiat Schulze von Delitzsch, der ökonomische  
Julian, oder Kapital und Arbeit. 226 Seiten. Preis 1 M.

Franz von Sickingen. Eine historische Tragödie.  
2. Auflage. 224 Seiten. Preis 2 M.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.  
Bei Bestellungen von auswärts bitten wir den Betrag (Porto  
extra) beizufügen.

**Künstliche Zähne 2 Mark.**  
Plomben von 1,50 M. an. Schmerz-  
loses Zahnziehen 1 M. Sprechstunden  
8—7 Uhr. Zahnarzt **Robert Wolf,**  
Chausseestr. 123 am Oranienb. Thor.

**Einbinden von Büchern** übern.  
Klay, Rixdorf, Lietzenstr. 68, v. II.

**Gardinen-Reste**  
zu 1—4 Feinst. pass. spottb. i. d. Fabrik  
**Grüner Weg 80, part.**  
Eingang vom Flux. 1924L

**Kanarienhähne und Weibchen** (Aus-  
wahl), auch ein Paar Lachtauben sind  
zu haben bei **Lecher, Reichensberger-  
Straße 163, v. IV.** 1455b

**Rixdorf, Berlinerstr. 69,** billige  
Wohnungen, Stube, Küche, Korridor  
180—220 M., 2 Stuben, Küche, Korr.,  
Ballon 310—400 M., desgl. Schmiede  
und Stellmacherei. 1490b

**Saal** ist noch einige Sonntage zu ver-  
geben. **Wiesocks, Alte Jakobstr. 88.**

Möbl. Schlafstelle für 2—3 Herren  
Fürstenstr. 9, vorn 2 Tr. rechts. 1978b

Allen Genossen und Freunden zur  
Nachricht, daß ich **Müllerstr. 163 a,**  
Eingang Burgdorferstraße, die Ver-  
tretung der **Gübener'schen Restau-  
ration** übernommen habe.  
1448b **Fr. Rach.**

Allen Lesern dieses Blattes empfehle  
mein  
**Cigarren- und Tabak-Geschäft.**  
**W. Lindemann, Heimstr. 24.**

**Arbeitsmarkt.**

**Buchbinder,** der gut Schilder kleben  
Zeugnissen, wird verl. Belle Alliance-  
Straße 100, Hof I. 1445b

**Schneider** auf Damen-Jaquets, auch  
Mamsells verl. **Neumann, Brangel-  
Straße 59.** 1452b

**Gesellen,** welche auf Gips-Gerich  
ein gearbeitet sind, werden gesucht von  
**Paul Köhler & Co., Kronenstraße 72.**  
Persönl. Meldung 6—7 Uhr Abends.